

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Worteljahr 3,50 Mt., monatl. 1,10 Mt.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf., für
Bereins- und Versammlungs-Anzeigen,

Kontopfecher: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraph-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 24. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Lehren des Biesberger Streiks.

Nachdem wir die Landtags-Verhandlungen über den
Biesberger Grubenarbeiter-Streik im Stenographischen Bericht
gelesen haben, können wir den Eindruck nur so zusammen-

Dem Volke muß die Religion erhalten
bleiben! Wie oft haben wir dies Wort, manchmal aus
dem Munde des Kaisers, gehört. Nun streiten die etwa tausend

Und Herr Briesfeld? Und die Nationalliberalen und Kon-
servativen? Und vollends die Presbente, die nach der Beitsche
des Herrn von Stumm tangt? Sie läßt die Kirche Kirche sein.

„Die Arbeiter sollen durch Vertreter, welche ihr Ver-
trauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegen-
heiten theilnehmen und zur Wahrnehmung ihrer Inter-

Nach allem, was ich gehört habe, sind diese Arbeiter stets
ruhige, ordentliche, anständige Leute gewesen, von denen man sich
in hohem Grade verwundern muß, daß sie sich geweigert,

Eine besondere derartige Regelung ist in Preußen nicht
getroffen. Indeß scheint uns das im vorliegenden Falle sehr
gleichgiltig. Entweder die sieben strittigen Tage sind feste im

werbe-Ordnung die in Frage stehenden Tage nicht ohne weiteres
unter ihren „Festtagen“ einschließen, so würde als maßgebende
Landesvorschrift die hannover'sche Sabbathordnung

Welche ungleiche Behandlung von Arbeitern und Kapi-
talisten auch sonst! Der Gewerksverein christlicher Berg-
arbeiter hat während des Streites zu vermitteln gesucht.

Mit vollem Recht hat der Minister für Handel und Gewerbe
es abgelehnt, in dem vorliegenden Falle vermitteln zu
dürfen. Der Kampf wird eben durchgeföhrt werden müssen,

Dabei haben jedoch die „außerhalb stehenden“ Unter-
nehmer-Organisationen Tag für Tag das Recht für sich
in Anspruch genommen, in die Biesberger Lohnkämpfe in ge-

Und man höre diese Wortführer des weißen Schreckens
weiter. Herr Deumer will die Arbeiter nur dann wieder ein-
gestellt haben, wenn sie sich „bedingungslos“ unterwerfen.

Die Radeisführer in ihren Betrieben wieder einstellen,
das kann keine Verwaltung, weder in der Industrie, noch im

... Meine Herren, bedingungslos muß diese Arbeit wieder
aufgenommen werden, weil jede Konzession, die im gegen-
wärtigen Augenblick erfolgt, zweifellos seitens der Agitatoren als

Die „Post“ schrieb noch deutlicher bereits am 16. April:
Es handelt sich, wie die Dinge jetzt liegen, offenbar viel
weniger um die Arbeit an den bezeichneten Feiertagen selbst,

weiter nachgeben, wenn sie Herrin in ihrem Betriebe bleiben
will, und so wird daher auch dieser Ausstand wohl bis
zu Ende durchgekämpft werden müssen.

Man sieht, diese Gesellschaft spuckt auf die „Betheiligung
der Arbeiter an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten,
zur Wahrnehmung ihrer Interessen“.

Die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus sind
gerade zur rechten Zeit gekommen. Die Agitatoren der
Sammelpolitik ziehen umher und vertreden ihren Haß

Wir wünschen ihnen — wie allen um ihre Existenz und
ihre Menschenwürde ringenden Arbeitsbrüder, gleichviel
welchen Glaubens und welcher sonstigen Stellung zu uns —

Wahlkampf.

Die Gefährdung des Reichstags-Wahlrechts.

Die Dementirungsversuche der Konservativen und der Regierungs-
presse gegenüber den Feststellungen bezüglich der Reaktionspläne gegen
das Reichstags-Wahlrecht konnten natürlich nur ein Lächeln erwecken.

Er könne positiv versichern, daß die Absicht
vorhanden sei, ein anderes Wahlrecht für den
Reichstag einzuföhren. Wenn das abgelehnt werde, so

Zu diesen Reueherungen bemerkt die „Germania“:
„Wenn gegenüber dieser erneuten Behauptung abermals Ab-
lehnungsversuche gemacht werden sollten, so wird schließlich nichts

Diese Andeutungen der „Germania“ sind sehr seltsam. Wenn
das Blatt, wie es scheint, in der Lage ist, „die Fäden völlig auf-
zudecken, die gegen das bestehende Wahlrecht gesponnen worden

Wir wollen aber nochmals wiederholen: Mag es mit den Aus-
lassungen des Abg. Müller und mit den obigen Andeutungen der
„Germania“ sich wie immer verhalten, das deutsche Volk

Wir möchten bei der Gelegenheit zu all den früheren Titeln
auch Reden und Klatschen der „Sammelparteien“ heute noch ein
recht interessantes hinzufügen. Am 5. Dezember 1893 wurde im

„Meine Herren, ich höre eben aus der Mitte des Hauses den
Auf „Reichstag“ und dies giebt mir die willkommenste
Gelegenheit, jetzt auf einen Punkt zu kommen, den ich



eingeführt, aber es wird zu untersuchen sein, ob sich diese Institution bewährt und ob sie nicht

(Hört! hört! links.)

vielmehr das Gegenteil von dem erreicht hat, was man mit ihrer Einführung zu erlangen hoffte. Nach der Erfahrung, die wenigstens für den Reichstag vorliegt, ist dies im höchsten Grade zweifelhaft. (Hört! hört! rechts.)

Wir sind der Meinung, daß unsere politischen Sitten und der ganze Stand unserer politischen Moral seit Einführung des geheimen Wahlrechts im Reichstag keine Fortschritte gemacht hat; (Sehr wahr! rechts), Widerspruch links),

wir sind im Gegenteil der Meinung, daß wir uns seitdem in bedenklicher Weise auf einer tiefen Ebene befinden, es wird Sache der ersten Erwägung der königlich preussischen Staatsregierung sein, ob sie nicht im Gegensatz zu dem Antrage des Herrn Antragstellers darauf Bedacht nehmen müsse, ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß Initiative in Erwägung gezogen werden, welche auf die Abschaffung der geheimen Abstimmung für den Reichstag abzielen. (Lärm links; Sehr gut rechts.)

Der Sprecher dieser Worte war keine politisch unverantwortliche Person, auch kein Parteimann, es war ein Mitglied der Regierung, es war dasjenige Mitglied der Regierung, welches neben Bismarck in der preussischen Politik tonangebend war, es war kein anderer als der damalige Minister des Innern, Herr von Puttkamer, jetzt Oberpräsident der Provinz Pommern.

So haben schon damals ganz bestimmte Absichten auf Beibehaltung der geheimen Abstimmung bei der Reichstagswahl bei der preussischen Regierung bestanden.

Wer wäre so lächerlich töricht, daß er glaubt, es könne das heute anders geworden sein?

Kein Zweifel: Eine dem gleichen, geheimen Wahlrecht feindselige Mehrheit in den Reichstag gewählt, und die Vernichtung unseres höchsten politischen Rechts wird von den Volkstreuern ungesäumt und nachdrücklich versucht werden!

Der 16. Juni aber wird diese schamlosen Pläne zu Schanden machen!

### Zentrum und Sammelpolitik.

Die „Germania“ hat sich drei Leitartikel lang bemüht, um die Gründe, warum das Zentrum nicht mit den Sammelpolitikern gemeinsame Sache machen kann, darzulegen und so die agrarischen Zähler innerhalb ihrer Partei zur Reue zu bringen. Die „Germania“ hat ganz recht, die „Sammelpolitik“ ist eine Neuauflage des Kartells und hat sich als höchstes Ziel gesetzt, eine zu allen Realisationsstufen bereite Mehrheit von Konservativen und National-Liberalen zu schaffen. Das heißt aber auch nichts anderes, als Verdrängung des Zentrums aus seiner jetzigen Machtstellung im Reichstag. Dabei will die „Germania“ begreiflicherweise nicht mitwirken.

Aber man hätte sich wohl, die Abgabe des Zentrums gegen die Miquel'schen Sammelmandate zu überschauen. Duzendfach gesteht die „Germania“ selbst, daß das Zentrum für die Forderungen des „Wirtschaftlichen Aufbaus“ einzutreten durchaus bereit sei. Unter diesen Forderungen spielt aber die Erhöhung der Zölle auf Getreide die erste Rolle.

Wenn man nur die Sache selbst betrachtet, so gehört also das Zentrum Seite an Seite mit den schlimmsten Reaktionsbrüdern. Nur die Rivalität um die Machtstellung zwischen den Konservativen und National-Liberalen einerseits und dem Zentrum auf der anderen Seite ist es, wodurch das Herzengleichniß verhindert wird. —

### Reserve-Übungen.

Auch aus dem ersten russischen Reichstags-Wahlkreis, sowie aus Würzburg werden Einziehungen von Reservisten und Landwehrleuten während der Wahlzeit berichtet.

Danach wird klar, daß die Meldung unrichtig war, es sei von der höheren Militärbehörde Anweisung gegeben worden, dergleichen Einziehungen zu verweigern.

Diese Einziehungen können aber in zahlreichen Wahlkreisen das Resultat der Wahl sehr erheblich beeinflussen, und zwar kann jede Partei dadurch unter Umständen benachteiligt werden. Es haben daher die Organe aller Parteien die Pflicht, unbedingt auf Abhilfe zu dringen.

Der Militarismus belastet unser Volk genug. Es wäre noch schöner, wenn durch ihn zahlreiche wahlberechtignte Staatsbürger auch ihr höchstes Recht verlieren sollten.

Liebe zum Militärwesen wird auf diese Weise sicherlich nicht erreicht werden.

### Arbeit für die Wahlprüfungs-Kommission.

Das mecklenburgische Ministerium hat sich mit einer Ungenauigkeit, wie sie ihresgleichen sucht, über die Beschlüsse des Reichstages hinweggesetzt. Das Ministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach die Schlichter, Hilfsarbeiter und andere Saisonarbeiter nicht in den Wählerlisten des Ortes, wo sie zur Zeit beschäftigt sind, aufgeführt werden sollen!!!

Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ schreibt ferner: „Uns ist aus verschiedenen Orten die Mitteilung gemacht, daß die Wählerlisten bis heute noch nicht aufgelegt sind. Das ist eine Gesetzesverletzung.“

In Schwerin i. M. war es am Freitag nicht möglich, die Wählerlisten einzusehen. Der Einzug eines dänischen Prinzenpaares veranlaßte den dortigen Magistrat zu dieser gänzlich gesetzwidrigen Maßnahme.

Der Landrath des Kreises Wrenzlau amendirt etwas seine von uns mitgetheilte Bekanntmachung vom 6. Mai. Die neue Verordnung lautet:

„Die Entscheidung der Frage, ob die sich im diesseitigen Kreise während der Sommermonate aufhaltenden fremden Schlichter in die Reichstagswählerlisten aufzunehmen sind, hängt davon ab, ob die Schlichter an dem Orte, wo sie sich aufhalten, einen Wohnsitz erworben haben. Ob letzteres der Fall ist, läßt sich nur im Einzelfalle beurtheilen. Regelmäßig wird die Frage wohl zu verneinen sein.“

Zudem ist den Ortsbehörden des Kreises, welche mit der Aufstellung der Reichstags-Wählerlisten beauftragt sind, dies mittheilen, ersuche ich, die einheimischen Schlichter noch besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Reichstags-Wählerlisten bis inklusive 20. Mai d. J. ausliegen und es ihnen bis dahin überlassen bleibt, die Wählerlisten einzusehen und ihre event. Aufnahme in dieselben zu beantragen.“

Eine ähnliche Bekanntmachung erläßt der Oberbarnimer Landrath v. Oppen.

Von „Erwerben des Wohnsitzes“ steht nirgends etwas im Reichstagswahlgesetz. —

### Der Landrath des Kreises Breslau

gibt bekannt, daß in der Zeit der Reichstagswahlen zum Austragen und Verleihen von Stimmzetteln und Quittungen zu Wahlgewenden eine polizeiliche Erlaubniß nicht erforderlich ist. — Es wäre sehr angebracht, wenn die Herren Landräthe dem Beispiel allgemein folgen würden und vor allem die ihnen unterstellten Beamten anweisen, die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung zu respektiren. Die vielen Gesetzesübertretungen der Gendarmen wären dann vermieden.

### Aus dem Reiche des Herrn v. Polenz.

Aus dem 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Plauen i. V.) wird uns geschrieben: Die alten Praktiken, die i. J. zur Ungültigkeitserklärung der Wahl des sächsischen Herrn v. Polenz geführt haben, begannen hier von neuem. Am vergangenen Sonntag sollte unser Reichstags-Abgeordneter Genosse Gerlach im Garten des „Thüringer Hofes“ in Pausa über die Bedeutung der

bevorstehenden Reichstagswahl sprechen. Der Garten besitzt zwei Ausgänge, ist von drei Seiten mit Mauern und auf der vierten Seite von einem Zaun umgeben. Der Anwohner der letzteren Seite hatte ausdrücklich seine Zustimmung zur Abhaltung einer Versammlung gegeben. Unter dem frischen Einbruch der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn v. Polenz wurden dem auch bei der Nachwahl im Jahre 1894 die Versammlungen in diesem Garten anstandslos genehmigt.

Die für vergangenen Sonntag geplante Versammlung wurde dagegen von Herrn Amtshauptmann v. Polenz wegen dringender Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verboten. Herr v. Polenz, der durch seine Thätigkeit im 22. und 23. sächsischen Reichstags-Wahlkreise außerordentlich viel dazu beigetragen hat, daß uns diese beiden Kreise zufielen, scheint ein unmenntliches Verlangen danach zu empfinden, bei der Wahlprüfungs-Kommission des deutschen Reichstages noch bekannt zu werden, als er es ohnehin schon ist.

### Von der Agitation.

Am vorigen Sonnabend sprach Genosse Singer in Fürstentum über die bevorstehende Reichstagswahl. Die ungemein stark besuchte Versammlung spendete dem Vortragenden, der seine Rede mit der Mahnung schloß, statt des konservativen Brotverheuerers den bewährten Genossen Wagner in den Reichstag zu schicken, langanhaltenden rauschenden Beifall und beschloß, unablässig für den Sieg der sozialdemokratischen Partei zu wirken. Von den zahlreich anwesenden Anhängern der bürgerlichen Parteien nahm niemand das Wort. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Im Oberbarnimer Kreis fanden am Sonntag mehrere gut besuchte Versammlungen statt. In Weiersdorf und Wernsdorf, in letzterem Orte tagte die Versammlung unter freiem Himmel, sprach der Kandidat des Kreises, Parteigenosse Brunß. Die Stimmung in beiden Versammlungen war eine für uns überaus günstige. Am Sonnabend tagte in Eberswalde eine Versammlung, die nur mäßig besucht war, dagegen zeigte die Versammlung in Freienwalde, die am Sonntag stattfand, eine rege Theilnahme. Das Referat hatte in den beiden Versammlungen Robert Schmidt übernommen.

Im Wahlkreis Walded-Phymont fanden an 4 Orten gut besuchte sozialdemokratische Versammlungen statt, in welchen der Kandidat des Kreises, Detmering und Genosse Flothe wirksam für die Partei agitirten.

### Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden in Arnberg-Orpe von den Sozialdemokraten Dr. Lütgenau; in Rölln von den Liberalen Rechtsanwalt Schmitz; in Ranz von den Demokraten Fris Schäfer; in Offenbach von den National-Liberalen und Freisinnigen Schloßmacher; in Rumburg von den Konservativen, National-Liberalen und Bund der Landwirthe Gutsbesitzer Döppe; in Ranz von den Demokraten Buchhändler Scholl; im östlichen Westfalen sind von unserer Partei aufgestellt: Tecklenburg-Steinfurt-Haus, Sigarenmacher W. Feld-Burgsteinfurt, Münster-Koesfeld, August Debel, Lüdinghausen-Vedum-Warendorf, Stadtverordneter Karl Eilers-Vielefeld, Minden-Lübbecke, Redakteur C. Hoffmann-Vielefeld, Herford-Galle, Redakteur C. Hoffmann-Vielefeld, Vielefeld-Wiedenbrück, Kaufmann Gustav Ulrich-Stuttgart, Paderborn-Bären, Schrift-seher Ebnard Pflieger-Vielefeld, Warburg-Dixter, Stadtverordneter Ludwig Stroh-Vielefeld, Lippstadt-Brilon, Stadtverordneter Albert Siggelkow-Vielefeld, Fürstenthum Schaumburg-Lippe Maschinenmeister Paul Reichenbach-Vielefeld, Fürstenthum Lippe, Stadtverordneter Fris Dunte-Vielefeld.

Endlich sind die drei Ordnungskandidaten für Hamburg gefunden. Im ersten Wahlkreis wird der Chemiker Dr. Albrecht, im zweiten Wahlkreis der Großhändler Wörmann und im dritten Wahlkreis, wie schon bekannt, Landgerichtsdirektor Dr. Danzel sich um das Mandat bewerben. Die Kandidaten wollen sich heute den Wählern vorstellen, nur Herr Wörmann verzichtet darauf. Er betrachtet sich nur als Wahlkandidat.

Die im Wahlkreis Nordhausen von den Konservativen und Antisemiten aufgestellten Kandidaten Rentier Voß und Liebermann v. Sonnenberg haben ihre Kandidaturen zu gunsten eines gemeinsamen von beiden genannten Parteien aufzustellenden Kandidaten zurückgezogen. Auf ihre Empfehlung hin ist der Gutsbesitzer Emil Fischerdorf zu Berlin als gemeinsamer Kandidat aufgestellt worden. Der gemeinsame Kandidat ist Geschäftsführer des deutschen Vmetallistenbundes.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai.

Die Stichwahlen in Frankreich. Die Hauptwahl am 8. Mai zeigte im allgemeinen die Erhaltung der Parteien in ihrer früheren Stärke, daneben einen großen Zuwachs sozialistischer Stimmen, obwohl ein diesem Zuwachs entsprechender Fortschritt in Mandaten nicht erzielt wurde. Die zahlreichen Stichwahlen erst konnten darüber entscheiden, ob die günstige Situation der Meline'schen Regierung erhalten, oder, wie man vielfach annahm, noch verstärkt werden würde. Der Ausfall der Stichwahl hat das Gegentheil solcher Erwartungen herbeigeführt. Das Wollfische Bureau bringt folgendes Resultat der gestrigen Wahl aus Paris:

Ueber 177 von den 180 Stichwahlen liegen Berichte vor. Danach sind gewählt 69 Republikaner, fortschrittliche Liberale und Radikale, 61 Radikale, 88 Sozialisten, 10 Monarchisten. Die Republikaner und Radikale verlieren 80 Sitze und gewinnen 14; da sie beim ersten Wahlgange 10 Mandate gewonnen haben, beträgt ihre Einbuße nur 6 Sitze. Die Radikalen haben 18 Sitze verloren und 20 gewonnen, die Sozialisten verlieren 9, gewinnen dagegen 6 Mandate, die Monarchisten haben einen Gewinn von 10 gegenüber einem Verlust von 8 Sitzen.

Diese Mittheilungen sind jedoch nicht richtig. Insbesondere sind die Zahlen bezüglich der Sozialisten offensichtlich falsch, was sich aus der Verwechslung der „sozialistischen Radikalen“ und wirklichen Sozialisten erklärt. In der Hauptwahl hatte die rein-sozialistische Partei 16 Mandate gewonnen, in der Stichwahl wurden dazu gewählt 27 reine Sozialisten.

Das Gesamtergebnis beträgt also 43 proletarisch-internationale Sozialisten. In der vorigen Kammer hatte die Partei 30 Mandate. Within einen Zuwachs von 13 Mandaten. Mag sich auch das Resultat noch nicht absolut genau feststellen lassen, so ist doch sicher ein Sieg des Sozialismus auch an Mandaten. Den großen Stimmenzuwachs haben wir bereits bei der Hauptwahl festgestellt.

In Paris selbst hat unsere Partei Verluste zu verzeichnen. 6 der bisherigen Sitze gingen verloren durch die Koalition der Chaubinisten und Radikalen mit den Radikalen, 3 Sitze wurden neu gewonnen. Unter den Gewählten ist erfreulicherweise der ausgezeichnete Parteigenosse Vallant.

Der Führer der Radikalen Goblet ist unterlegen. Die Sozialisten Jaurès und Guésde haben bekanntlich sich für die Stichwahl nicht nochmals aufstellen lassen wollen. Auch unser Genosse Gérauli-Richard, der Chefredakteur der „Petite République“, ist nicht gewählt. Diese Verluste an Parteiführern sind freilich nicht erfreulich, aber doch gegenüber dem allgemeinen Wahlausfall nicht wesentlich. Dazu hat auch die Regierungspartei schmerzliche Verluste an führenden Persönlichkeiten erlitten, selbst zwei Minister sind nicht gewählt; der Kolonial-Minister Lebou und der Postminister Delpeuche müssen ihre Portefeuilles niederlegen.

Viele Pariser Blätter halten die Lage der Regierung infolge dieses für sie ungünstigen Wahlausfalls für sehr kritisch. Der monarchistische „Gaulois“ hebt als bemerkenswerth hervor, daß die Radikalen und Sozialisten in der Provinz erstaunliche Erfolge errungen haben.

Die belgischen Kammerwahlen haben ebenfalls am gestrigen Sonntag stattgefunden. Das Resultat ist noch nicht klar zu übersehen. Jedenfalls hat auch dort die sozialistische Partei ausgezeichnete Erfolge errungen.

Es ist das dritte Mal, daß Belgien unter dem neuen Wahlgesetz wählt. Bei jeder der jedes zweite Jahr stattfindenden Wahl wird die Hälfte der Kammer erneuert. Es handelte sich also bei der gestrigen Wahl um diejenigen Sitze, die 1894 zur Wahl gestanden hatten, d. h. um die Wahlkreise der Provinzen Hennegau, Lüttich, Ost-Flandern und Limburg. Bei der 1894er Wahl hat die belgische Sozialdemokratie zum ersten Male jene erstaunlichen Siege errungen. Bei der jetzigen Wahl standen daher von den 29 Mandaten der Sozialdemokratie 28 in Frage. Von den 112 Merkmalen schieden 39, von den 11 Liberalen 8 aus.

Es handelte sich bei der gestrigen Wahl für die Sozialdemokratie darum, ob sie den 1894 im mächtigen Anlauf genommenen großen Besitzstand sich würde erhalten können. Die Merkmalen boten alles auf, um die damaligen Verluste wieder wettzumachen. Ferner war die Hauptfrage des Wahlkampfes, ob es den Liberalen, deren Macht seit 1894 rapide herabging, gelingen würde, sei es gegenüber den Sozialisten, sei es gegenüber den Merkmalen, ihre alten Positionen einigermaßen wiederherzustellen.

Soweit die Hauptwahl bereits entschieden hat, verloren die Merkmalen acht Mandate, wovon die Liberalen sechs, die Sozialisten zwei gewonnen. Die Sozialisten aber haben, das steht fest, einen sehr bedeutenden Stimmenzuwachs erzielt.

In Charleroi wurden 8 Sozialisten gewählt mit 6000 Stimmen Majorität. 1894 siegte die Partei erst in der Stichwahl mit den Katholiken.

In Mons 6 Sozialisten gewählt mit 5000 Stimmen Majorität.

In Tournai wurden 1894 im zweiten Wahlgang 4 Katholische gewählt. Unsere Stimmen stiegen seit 1894 von 3900 auf 6000. Die beiden gegnerischen Kandidaten verloren bedeutend an Stimmengahl. Es findet Stichwahl zwischen Katholiken und Liberalen statt. Neulich ist das Verhältnis in Ath; auch dort Stichwahl zwischen Katholiken und Liberalen, aber Rückgang beider an Stimmen, Fortschritt der Sozialisten von 3000 auf 7000 Stimmen.

Soignies ist bisher durch 3 Sozialisten vertreten gewesen, die im zweiten Wahlgang siegten. Im ersten Wahlgang 1894 erhielten dieselben 16 000, die Liberalen 14 600, die Merkmalen 18 600 Stimmen. Jetzt ist das Resultat: Sozialisten 22 600, Liberale 14 770, Merkmalen 15 850. Also ebenfalls großer Fortschritt der Sozialisten, Rückgang der Merkmalen.

In Thuin wurden 1894 gewählt 1 Katholik, 1 Liberaler, 1 Sozialist; diese Parteien hatten in gleicher Folge folgende Stimmengahlen: 18 400, 17 000, 11 000. Jetzt haben die Sozialisten 18 000, die Merkmalen 16 000, die Liberalen 14 000.

In der Provinz Lüttich hatten 1894 die vereinigten Sozialisten und Radikalen die 11 Sitze des Bezirks Lüttich gewonnen. Von dort liegt uns das genaue Resultat noch nicht vor, doch wird, wie 1894, Stichwahl stattfinden. In Warem wurden 1894 2 Katholiken gewählt. Jetzt ist Stichwahl zwischen denselben und den vereinigten Sozialisten und Liberalen. In Huy gewannen 1894 die Liberalen die beiden Mandate in der Stichwahl. Jetzt siegten die Liberalen mit den Sozialisten verbündet im ersten Wahlgange über die Merkmalen. Berviers war durch 4 Sozialisten vertreten, welche in der Stichwahl siegten. Hier hat die Partei jetzt Verlust zu verzeichnen, sie ging von 18 000 auf 15 736 Stimmen zurück, die Liberalen und Merkmalen gewannen einige hundert Stimmen.

In Genl, dem Hochsitz des Merkmalismus, siegte wiederum diese Partei mit großer Majorität. In Alost siegten gleichfalls die vier katholischen Kandidaten über die christlichen Demokraten und das liberal-sozialistische Kartell. Ebenso in Audenarde drei Katholiken.

In der Provinz Limburg hatte die Sozialdemokratie 1894 überhaupt noch nicht in den Kampf eingegriffen; jetzt erhielt in Tongres der Kandidat der Partei 11 000 Stimmen, zwei gegnerische Kandidaten siegten mit 16—17 000 Stimmen.

Die Hungernothpreise. Wie lange die unheimlich hohen Getreidepreise anhalten werden, hängt von der nächsten Ernte ab. Für Preußen rechnet man bloß auf eine gute Mittelernte. Freilich, wenn das Wetter ungünstig wird, haben wir mit einer geringen Ernte zu rechnen.

Die diesjährigen außergewöhnlichen Konjunktoren im Getreidehandel haben, was bisher noch nie der Fall war, ostindischen Weizen nach Triest herangezogen. Die erste Ladung heuriger Feinung, bestehend aus 2100 Meterzentnern Weizen, ist mit dem Dampfer „Imperator“ aus Bombay in Triest angelangt. Weitere Sendungen via Adria-Häfen dürften folgen.

Die italienische Regierung hat zwar die Zollermäßigung aufrecht erhalten, aber vom 21. Mai die 60 pCt. Frachtermäßigung auf Getreidesendungen aufgehoben, angeblich weil dieselben bloß für die Spekulanten vorthellhaft war.

Ein Spezialberichterstatler des „Temps“ meldet aus Malaga, daß er sich auf einer Reise durch fast sämtliche Provinzen Spaniens persönlich von den außerordentlich günstigen Ernte-Aussichten habe überzeugen können.

Die Ernte würde nicht hinter der des Jahres 1880, die ausnahmsweise glänzend war, zurückbleiben. Das Brottorn auf den Feldern wäre bereits in einigen Tagen schnittreif.

Mittlerweile habe das Elend der armen Bevölkerung in den Provinzen aber einen hohen Grad erreicht und erst die Erntearbeiten würden die drohende Hungersnoth verhindern. In den südöstlichen Provinzen leben etwa 75 000 kleine Bauern, die jetzt ihren Lebensunterhalt als Tagelöhner verdienen müssen, da ihr Eigenthum vom Fiskus konfiszirt wurde, weil die Besitzer keine Steuern zahlen konnten. Die Lagen auf Bodenerzeugnisse wären hauptsächlich Ursache der Unzufriedenheit im Lande. Gegenwärtig liegen 75 000 kleine Besitzungen, deren Eigentümer jetzt der Staat ist, vollständig brach.

In den amerikanischen Börsen stiegen wieder die Preise für Weizen. —

Die Lage in Italien. Aus Genua wird uns geschrieben:

In Ligurien, wo man alle Ursache hätte, sich der Ruhe der Einwohnerschaft zu freuen, thut die Polizei alles, um Unruhen zu provoziren. Nach den Massenverhaftungen von Sonntagnacht, denen kaum



einer der hiesigen Genossen entging, hat man heute Nachmittag nahezu 70 Hafenarbeiter verhaftet, denen nichts anderes vorgeworfen ist, als daß sie eben — Arbeiter sind. Es gilt auch nicht mehr den Sozialisten — außer den wenigen Genossen, die an der Universität doktrinen, sind die jetzt über die Grenze oder hinter Schloß und Riegel — es gilt den Arbeitern. Gestern hat man auch die demokratischen Arbeitervereine aufgelöst, ihre Lokale geschlossen, ihre Papiere beschlagnahmt. Kucher der hiesigen Sektion der Gewerkschaft der Buchdrucker, Buchbinder etc. (Laboratori del libro) hat man die „Vereine zu gegenseitiger Hilfeleistung“ aufgelöst, die gerade in Figuren kräftig und zahlreich sind und deren Mazzinianische Devise: „Gott und das Volk“ doch nicht gar zu beunruhigend sein sollte, wie auch ihr rein utilitarischer Charakter nichts von revolutionären Tendenzen aufkommen läßt. Auch Erholungs- und Schützenvereine entgingen dem Defekt nicht. Gestern sind allein sechs große Vereine aufgelöst worden. Wozu braucht man da noch einen Belagerungszustand? Es geht ja ohne ihn ganz famos!

Aus Rom wird telegraphirt: Der Präfeldt verbot durch einen Erlass das Erscheinen des Blattes „Mattino“, welches von heute früh ab in Rom zur Ausgabe gelangen sollte; dasselbe Blatt hatte der außerordentliche Kommissar am 12. Mai in Neapel verboten. Aus Lugano meldet man der „Frankf. Ztg.“: In Turin wurden die Union und die Kooperationsgenossenschaften der Eisenbahnbeamten aufgelöst. — Die Präfecten von Bologna und Pavia unterdrückten alle sozialistischen und Arbeiterblätter in ihren Provinzen. Dasselbe wird fast aus allen anderen Provinzen gemeldet, selbst wenn, wie in den genannten, der Belagerungszustand nicht erklärt wurde. — In Quinto bei Mailand wurde der Christfarrer wegen Aufreizung der Bauern verhaftet und nach Mailand ins Gefängnis gebracht.

Nach der „Provincia di Como“ haben die Untersuchungen wider die in Mailand verhafteten keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein eines Komplotts gegen die Staatsgewalt ergeben; die dahin gerichtete Anklage wurde daher fallen gelassen. Die verhafteten Deputirten und Journalisten würden wegen Aufreizung zur Revolte vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

### Deutsches Reich.

Die zur Reichskasse gelangte Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat für den Monat April 59,7 Millionen oder 0,6 Millionen mehr als im April 1897 betragen. Die Zölle haben zwar ein Plus von 1,9 Millionen ergeben und die Branntwein-Verbrauchsabgabe ein solches von nahezu 1/2 Million, dagegen hat die Zuckersteuer ein Plus von 2,8 Millionen zu verzeichnen gehabt. — Von den übrigen Einnahmen ist zu erwähnen, daß die Börsensteuer ein Mehr von über 2 Millionen erbrachte hat, wovon der Haupttheil auf die Stempelsteuer für Wertpapiere entfällt. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat 2,7 Millionen, die Reichs- Eisenbahn-Verwaltung 0,6 Millionen mehr als im April 1897 ergeben. —

**Invaliden- und Altersversicherungsgesetz. Novelle.** Dem „N. N.“ wird von hier gemeldet: Dem Vernehmen nach wird Staatssekretär Graf Pobadowsky gleich nach Beendigung der Reichstagsarbeiten einen sechswoöchigen Urlaub antreten. Als Grund für den so frühzeitigen Urlaub wird angegeben, daß die feste Absicht bestehe, dem neuen Reichstage bald nach seinem Zusammentritte die in Ausarbeitung befindlichen Gesetzesentwürfe betreffend die Umgestaltung der Alters- und Invaliditätsgesetze vorzulegen. Bemerkenswert sei, daß Graf Pobadowsky im Vorjahre überhaupt keinen Urlaub genommen hat. —

**Die Annahme der Militär-Strafprozeßordnung** mit den dazu gehörigen Gesetzen im Bundesrath ist, wie der „Augsb. Abendz.“ geschrieben wird, nicht einstimmig erfolgt. Zwei Bundesstaaten stimmten gegen den Entwurf, nämlich Bayern und Braunschweig, beide offenbar aus ganz entgegengesetzten Gründen: Bayern, weil ihm diese Reform nicht weit genug, Braunschweig, weil sie ihm zu weit geht. —

**Zum Kampf gegen die großen Waarenhäuser.** Der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller und der Zentralausschuß hiesiger Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine fordern den hiesigen Magistrat auf, so schnell als möglich eine gemischte Kommission, bestehend aus Delegirten der städtischen Verwaltungen und aus sachverständigen Vertretern der betheiligten Handelszweige, einzuberufen, um darüber zu berathen, ob und inwiefern eine anderweitige Regelung der jetzt in Berlin geltenden Gewerbesteuer angebracht erscheint. —

**Die Centrumsmänner avanciren.** Der Bundesrath hat beschlossen, für die freiwerdende Stelle eines Reichsgerichtsrathes den Centrums-Abgeordneten Dr. Spahn, den 2. Vizepräsidenten des Reichstags, bisherigen Kammergerichtsrath in Berlin, vorzuschlagen.

Die Herren vom Centrum haben im Reichstag sich so regierungstreu betragen, daß es nur billig ist, wenn sie dafür auch von der Regierung nett behandelt werden. —

**Die „Post“** erklärt, daß die Mittheilung der „Dresdener Zeitung“, die „Post“ werde in einiger Zeit eingehen, unrichtig sei. Wenn das Blatt bei der Gelegenheit sagt, es erweise sich „steigender Beliebtheit“, so soll das gewiß ein Witz sein, es ist aber thatsächlich durchaus ernst zu nehmen, denn wir für unser Theil freuen uns sehr häufig über die „Post“, inwiefern sie uns ausgezeichnete Waffen zur Bekämpfung der Reaction an die Hand gibt. Wir würden das Hinscheiden dieses Blattes fast ebenso bedauern haben, wie den Rücktritt ihres Gebieters, des Freiherrn v. Stamm, vom politischen Schauplatz.

Romisch nimmt es sich aus, daß das Heroldsche Depeschens-Bureau die welterschütternde Thatsache von dem Fortbestand der „Post“, ehe dieselbe noch in dem Blatte selbst verkündlicht ist, telegraphisch zu verbreiten für gut befunden hat. So weit her ist es denn doch mit dem „großen Schleifflein“ nicht. —

**Die großstädtischen und industriellen Abwässer und das flache Land.** Eine überaus bedenkliche Vernachlässigung aller sanitären Interessen ihrer nächsten Nachbarn in Preußen würde man der Leipziger Stadtverwaltung nachsagen müssen, wenn sich die jüngsten Mittheilungen im preussischen Abgeordnetenhaus bestätigen. Der Interpellant Abg. v. Mendel-Straßfeld äußerte nach dem stenographischen Bericht über die Wirkung der Leipziger Abwässer:

Sowohl in der Elster wie insbesondere in der Zuppe hat die Fischzucht vollständig ausgeblüht. . . Das Wild in den Forsten der preussischen Landesheile, welche an die Zuppe grenzen, ist verschwunden überall dort, wo es zum Trinken aus den beschmutzten Wassermaßen gezwungen war; die Holzarbeiter verweigerten die Holzarbeiten in denjenigen Waldbeständen, welche an der Zuppe liegen, weil sie im Sommer den Geruch, den dieser Fluß exhaltet, nicht zu ertragen vermögen; die Mühlenbesitzer in den Wäldern, welche an der Zuppe liegen, verweigern die Arbeit, verlassen ihren Dienst, weil es für sie nicht möglich ist, daß sie dort dauernd ausbleiben. Die Forster in den Häusern, welche in der Nähe des Flusses liegen, müssen den ganzen Sommer über hermetisch geschlossen bleiben, weil sonst ein Ausbruch in diesen Häusern geradezu unerträglich wird. Die bemittelten Leute gehen im Sommer auf Reisen, und die armen Leute müssen dort ausweichen und nicht allein die Gesundheit ihres Viehstandes, sondern auch ihre eigene Gesundheit zu Markte tragen. Beweise, daß die Malaria infolge der Ueberschwemmungen der Wälder mit dem Schmutzwasser und der Verpestungen von Luft und Boden mehr und mehr in den Gegenden auftritt, habe ich hier vorliegen: von einer berühmten Leipziger Autorität ist bestätigt, daß die betreffenden Kranken von schwerster Malaria befallen seien infolge Einwirkungen an ihrem Wohnsitz an der Zuppe.

Herr v. Mendel nannte die Hamburger Verhältnisse zur Zeit der Cholera „golden“ gegen die heutige Abwässerung der reichen Handels- und Industriestadt an der Elbe. Herr v. Hammerstein, gewiß kein Minister, der überflüssigen Drohungen liebt, sprach Zweifel aus an dem ernstlichen Willen der Stadt Leipzig, diesem schreienden Uebelstande Abhilfe zu verschaffen. —

Jedenfalls wiederhole ich: Die Zustände sind haarsträubend; Herr v. Mendel hat sie durchaus zureichend geschildert. Seitens der preussischen Regierung wird alles geschehen, um so bald wie möglich die Mißstände zu beseitigen.

Wir stehen in allen diesen Kämpfen zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Großstädten und flachem Lande durchaus auf Seite des Landes. Je entschiedener wir unberechtigte Liebesgaben und agrarische Quasialbereiten bekämpfen, um so mehr haben wir allen Anlaß, die berechtigten Forderungen des flachen Landes zu unterstützen. Und dazu gehört, daß, was die großen Städte und Industrien an Jauchen und Abfällen erzeugen, nicht einfach an die nächste ländliche Umgebung abgesetzt werden darf. Der Fall Leipzig wiederholt sich an allen Ecken und Enden Deutschlands und zwar in immer schlimmerer Weise, je mehr die Industrien und die großen Städte wachsen. Hier Abhilfe zu schaffen, sei es durch ein allgemeines Wasserrecht, sei es durch ein Gesetz über die Verunreinigung der Flüsse, ist eine Aufgabe, die in Deutschland jahrelang vernachlässigt worden ist und bei deren Lösung auch die Sozialdemokratie ihre Mitwirkung nicht verlagern wird.

Daß unsere Kleinstädter heute noch dazu zwingt, daß Preußen und Sachsen wegen der gesundheitsgefährlichen Zuppe und Elster wie zwei internationale Großmächte miteinander verhandeln müssen, ist vollends beschämend. Die Zuppe international, weil sie bei Leipzig entspringt und bei Merseburg endet! —

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Von der Strafkammer des Landgerichts in Schweidnitz wurde der in Untersuchungshaft befindliche Maurer August Franke von der Anklage, den Kaiser beleidigt zu haben, freigesprochen. Der Gerichtshof hielt die Aussage des Belastungszeugen nicht für ausreichend glaubwürdig, um darauf eine Verurteilung auszusprechen zu können. Die Entlassung aus der Untersuchungshaft erfolgte sofort.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vor etwa vier Wochen der Hofbesitzer Niens aus Böhmen zu der gesetzlich niedrigsten Strafe verurtheilt. Auf dem Gnadenwege ist nunmehr, wie die braunschweigische „Landes-Ztg.“ berichtet, diese Strafe in eine Geldbuße von 100 M. umgewandelt worden. —

### Oesterreich.

**Triest, 23. Mai.** Das Partei-Organ „Laboratore“ meldet, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten bei Beginn der Sitzungen des Abgeordnetenhauses den Antrag der Ministeranklage einbringen werden wegen des von den Delegationen verlangten 30 Millionen-Rachtragkredits. —

### Frankreich.

Die neue Verhandlung gegen Jola hat heute in Versailles vor dem Schwurgericht stattgefunden. Ueber den Verlauf wird von dort telegraphirt:

Vor dem Gerichtsgebäude haben sich nur wenige Neugierige eingefunden. Die Ankunft Jola's erfolgte ohne Zwischenfall. Es sind strenge Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe getroffen. Die Verhandlung wird um 11 1/4 Uhr eröffnet. Der Saal ist überfüllt. Die Mitglieder des Kriegsgerichtes, welche Zivilräger sind, die Verteidiger und Jola sind anwesend.

Gleich zu Beginn der Verhandlung stellt Labori Beschlußanträge, welche dahin gehen, den Gerichtshof von Versailles für nicht zuständig zu erklären, da das Vergehen in Paris begangen worden sei. Nach der Erwidern des Generalstaatsanwalts, welche die Abweisung der Anträge forderte, zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück.

Der Gerichtshof lehnte nach erfolgter Berathung den Antrag Labori's ab und erklärte sich für zuständig. Labori beantragt hierauf, die Zuständigkeitsfrage der Entscheidung des Kassationshofes zu unterbreiten. Der Gerichtshof zieht sich zurück, um über diesen Antrag zu berathen. Als beim Wiedereintritt des Gerichtshofes Labori das Verhalten desselben einer Kritik unterwirft, entzieht ihm der Präsident das Wort. Der Präsident verliest hierauf einen Beschluß des Gerichtshofes, nach welchem die Verhandlungen vertagt werden sollen, bis der Kassationshof über die Zuständigkeitsfrage entschieden haben wird. Die Sitzung wird sodann aufgehoben. Einige Rufe „Nieder mit Jola“ werden sofort unterdrückt.

Jola verließ gegen 10 Uhr mit seinen Freunden das Gerichtsgebäude. Als er in einem Rotorwagen davonfuhr, säumte die Menge unter den Rufen „Nieder mit Jola“ hinter dem Wagen her; Gendarmen und Polizei mußten den Wagen Jola's beschützen. —

### England.

**London, 23. Mai.** Gladstone's Leiche wird am Mittwoch nach London gebracht werden. Am Donnerstag und Freitag wird die Leiche in der Westminsterhalle ausgestellt und am Sonnabend findet die Beisetzung in der Westminsterabtei statt. —

### Rußland.

**Gresser.** Die auch von uns nach der „N. Fr. Pr.“ wieder-gegebene Nachricht von dem Tode des früheren Petersburger Stadthauptmanns Gresser war unrichtig. Gresser ist bereits Anfang Mai 1892 gestorben.

**Petersburg, 22. Mai.** Die „Nowosti“ behandeln in einem Leitartikel die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ über den angeblichen österreichisch-russischen Vertrag bezüglich einer Abgrenzung der Einflusssphären auf der Balkanhalbinsel und sagt, es sei zweifellos, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert hätten; beide Mächte erachteten es als ihre Pflicht, durch gemeinsame Bemühungen die Ruhe auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu halten; jedoch reiche dies nicht hin, um eine Abgrenzung der Einflusssphären zu ermöglichen. Rußland, welches Serbien und Bulgarien geschaffen und mithin einen legitimen Einfluß auf sie habe, werde niemals auf diesen zu gunsten einer anderen Macht verzichten. Es entstehe nun die Frage: Wer den die Lancirung dieser falschen sensationellen Nachricht? Das Blatt sagt, es glaube, diese politische Rationation stehe in engem Zusammenhange mit Bemühungen der englischen Politik auf der Balkanhalbinsel. Vom Gesichtspunkt der russischen Politik und der vernünftigt aufgeführten Interessen Rußlands müsse der russische Einfluß voll und ganz existiren und dürfe kein Gegenstand eines Kompromisses mit irgend einem Staate sein. Die russische Politik der Mäßigkeit in inneren Angelegenheiten der Balkanstaaten bedeute, daß Rußland auch einem anderen Staate nicht gestatten werde, sich in diese Angelegenheiten einzumischen. Diese allgemeine Regel sei so deutlich, daß sie keiner Kommentare bedürfe; sie habe aber auch nichts mit einer Theilung der Einflusssphären gemein. Weiterhin heißt es: Weder die Rede Chamberlain's noch der apokryphe Traktat änderten etwas an den bestehenden Beziehungen; es seien aber darin gewisse politische Tendenzen geäußert worden, von denen man Notiz nehmen müsse.

### Griechenland.

**Athen, 22. Mai.** In Thessalien ist die Räumung der zweiten Zone vollendet; Trifkala, Kalabaka und Kardhya sind wieder von den griechischen Truppen besetzt.

### Afrika.

**Transvaal und England.** Die „Times“ melden aus Pretoria vom 21. d. M., der „Star“ veröffentlichen den Wortlaut der Antwort Transvaals auf das Telegramm Chamberlain's. Die Antwort rechtfertigt den Standpunkt Transvaals, wonach es seit dem Ueber-einkommen von 1884 keinerlei Suzeränität anerkennen könne. Fällt aufrecht, daß die Einleitung zu dem Uebereinkommen von 1881 nicht länger effektiv sei, und wiederholt die Behauptung, daß der Einfall Jameson's kein Unternehmen von Privatleuten gewesen, sondern von britischen Beamten unterstützt worden sei. Die Antwort schließt, indem sie nochmals das Recht Transvaals auf einen Schiedsspruch betont. —

### Amerika.

**Edward Bellamy,** der Verfasser der Staatsromane „Rückblick aus dem Jahre 2000“ und „Gleichheit“, der Begründer der

amerikanischen Nationalistenbewegung, ist gestern im 49. Lebensjahre gestorben.

## Partei-Nachrichten.

**Und Solingen.** In dem Flugblatte, das der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wegen der Quer-treiberei Georg Schumacher's und eines kleinen Theils seiner Anhänger an die Arbeiter und Bürger des Kreises Solingen gerichtet hat, wird zunächst darauf hingewiesen, daß der Mittelpunkt des langjährigen persönlichen Streites in Solingen von jeher Schumacher gewesen ist. Der Parteivorstand sei weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß die Schuld an diesen Wirren Schumacher allein treffe, wohl aber halte man noch heute das Urtheil für richtig, das die auf dem Berliner Parteitage im Jahre 1892 zur Untersuchung und Schlichtung des Solinger Streits eingesetzte Kommission abgab. Diese sagte über Schumacher: „daß er die durch seine hervorragende Stellung und seine langjährigen Erfahrungen in der Parteibewegung gebotenen parteieigenen Rücksichten und tatsächlichen Erwägungen außer acht ließ, wodurch er die Unzufriedenheit beständig steigerte.“

Leider habe dieser milde Tadel auf Schumacher nicht die geringste Wirkung ausgeübt, ebenso wenig das scharfe Wort, das der Frankfurter Parteitag im Jahre 1894 gegen ihn abgab. Die Folge sei gewesen, daß sich auch der Hamburger Parteitag im Jahre 1897 mit den leidigen Solinger Angelegenheiten wieder habe befassen müssen.

Auf diesem Parteitage hat Schumacher bekanntlich erklärt, daß er nicht mehr für den Reichstag kandidiren werde; ferner versprach er, vor seinen Anhängern den — beiläufig bemerkt — einstimmig gefaßten Beschluß des Parteitags zu vertreten, wonach die Parteileitung den Auftrag erhielt, für Solingen einen den dortigen Streitigkeiten fernstehenden Reichstags-Kandidaten aufzustellen und die Verschmelzung der „Bergischen Arbeiterstimme“ (Organ der Begner Schumacher's) und der „Solinger Freien Presse“ (Organ Schumacher's), sowie die Ueberführung des Blattes in das Eigentum der Gesamtpartei baldmöglichst in die Wege zu leiten.

Die Hoffnung, daß durch diesen Beschluß der Solinger Streit begraben sei, habe sich, fährt der Parteivorstand fort, leider nicht erfüllt. Schumacher habe sein wiederholt und feierlich gegebenes Wort gebrochen, indem er auch neue im Solinger Kreis kandidire. In einem von 14 seiner Anhänger unterzeichneten Flugblatt entzündete Schumacher seinen Wortbruch mit der Behauptung, der Parteivorstand habe den Hamburger Beschluß nicht ausgeführt, dadurch sei auch er des gegebenen Wortes wieder entbunden. Der Parteivorstand weist demgegenüber darauf hin, daß der die Reichstags-Kandidatur betreffende Theil des Beschlusses buchstäblich ausgeführt worden ist; was den zweiten Theil des Beschlusses, die Verschmelzung der beiden Solinger Parteiblätter und die Ueberführung in das Eigentum der Gesamtpartei betrifft, so sagt der Parteivorstand:

Diesen Beschluß vollständig auszuführen, war schon um deswillen unmöglich, weil die „Gesamtpartei“ keine juristische Person ist, also Eigentum nicht übernehmen kann. (Die „Bergische Arbeiterstimme“ ist in Besitz einer eingetragenen Genossenschaft N. d. V.). Es mußte deshalb erst eine geeignete juristische Form für die Uebernahme des Solinger Partei-Unternehmens, das aus zwei Blättern und einer Druckerei bestand, gefunden werden.

Ehe aber noch an die Regelung dieser Frage herangetreten werden konnte, trat ein anderes Ereigniß ein. Obwohl Schumacher unserem Genossen Gerich in der Siebener-Kommission zu Hamburg die Versicherung gegeben hatte, daß die Verbindlichkeiten des Schumacher'schen Blattes, der „Solinger Freien Presse“, die bei der späteren Uebernahme in Betracht kommen, außerordentlich geringfügiger Natur seien, stellte sich bald heraus, daß dies keineswegs der Fall war. Schumacher und seine Freunde waren den Herstellern des Blattes gegenüber einen Vertrag eingegangen, der noch ein Jahr lief, das Blatt selbst machte aber Defizit, so daß bereits ein ganz erheblicher Posten Druckschulden aufgelaufen waren. Für alle diese Verpflichtungen war aber Schumacher persönlich haftbar und mußte er für einen etwaigen Ausfall mit seinem Vermögen aufkommen. Es diente sich, da die Druckfirma von ihrem Vertrage nicht ohne Entschädigung absteigen wollte, um eine Summe von mehreren tausend Mark.

Unter diesen Umständen waren es Schumacher und seine Freunde, welche pöblich drängten, daß die Blatt- und Eigentumsfrage geregelt werde. Der Parteivorstand, der für letztere erst eine geeignete, unanfechtbare Form suchen mußte, machte nun folgenden Vorschlag: Die bisher in Solingen bestehende Genossenschafts-Druckerei, in deren Verlag die „Bergische Arbeiterstimme“ erscheint und deren Mitglieder der Mehrheit nach aus Begnern Schumacher's besteht, bleibt bestehen. Um den Anhängern Schumacher's aber gerecht zu werden, treten von ihnen eine gleich große Zahl, als die Genossenschaft jetzt schon Mitglieder hat, in dieselbe ein. Um die Partei in ihrer Gesamtheit an dem Solinger Unternehmen sichtbar zu interessiren und in die Genossenschaft ein neutrales Element einzuführen, tritt zugleich der Parteivorstand mit seinen fünf Mitgliedern derselben bei.

Der Parteivorstand war überzeugt, daß sein Vorschlag die beste Lösung der Angelegenheit sei und deshalb allgemeine Zustimmung finden müsse. Letzteres war nun leider keineswegs der Fall. Von einigen alten Genossenschaftlern wurde bestritten, daß mit der Vergrößerung der Mitgliederzahl der Streit in die Genossenschaft getragen werde, während von Freunden Schumacher's betont wurde, daß es vielen ihrer Genossen an dem nöthigen Gelde fehle, den Genossenschaftsantheil bezahlen zu können. Um letzteren Einwurf aus der Welt zu schaffen, erklärte sich der Parteivorstand bereit, denjenigen Genossen, die darauf Anspruch machen, den Betrag des Genossenschaftsantheils unverzinstlich als Darlehen zu gewähren.

Nach längerer Debatte einigte man sich auf dieser Grundlage und unter den lebhaftesten Fürsprüchen dieses Abkommens befand sich Georg Schumacher, der seinen widerstrebenden Anhängern mit allen Mitteln seiner Beredsamkeit begründlich machte, daß die „Gesamtpartei“ nicht juristische Eigenthümerin der Druckerei des Blattes sein könne und daß deshalb eine besondere Form dafür gefunden werden müsse. Die vorgeschlagene Form genüge aber nach jeder Richtung.

Schumacher hatte ein sehr materielles Interesse daran, daß dieses Abkommen zu stande kam, denn jetzt erst konnte davon die Rede sein, ihn von seinen Verpflichtungen für die Schulden der „Solinger Freien Presse“ zu befreien. Nach längeren Unterhandlungen erklärte sich die Druckfirma bereit, gegen eine Zahlung von 2000 M. (zweitausend Mark) die Schuld zu streichen und Schumacher vom Vertrag zu entlassen. Schumacher nahm von der Partei das Geld und löste damit seine Verbindlichkeiten. Glaubt jemand, der Parteivorstand sei so thöricht gewesen, Schumacher das Geld zu geben, ohne von ihm die bündigsten Versicherungen zu haben, daß er in den oben skizzirten Abmachungen die Ausführung der Hamburger Beschlüsse erblicke?

Das Flugblatt des Parteivorstandes schließt mit der Aufforderung an die sozialdemokratische Wählerchaft des Kreises Solingen, am 10. Juni ihre Stimme nur unserem Genossen Philipp Scheide-mann in Gießen zu geben.

Wäge dieser Appell des Parteivorstandes bei der Arbeiterschaft Solingens die gebührende Würdigung finden!

**Todenliste der Partei.** In Leipzig ist am 20. Mai die zweitälteste Tochter des Rechtsanwaltes und Notars Puttrich, eines der aufopferndsten Vorkämpfer der Sozialdemokratie Sachsens, Fräulein Anna Puttrich, nach kurzer Krankheit leicht und schmerzlos verstorben. Wie sie ihrem erblindeten Vater bei der Ausübung seiner Berufsgeschäfte mit unermüdlichem Fleiße zur Seite stand, so hat sie auch treulich für die Ausbreitung der Partei gewirkt. Sie wird allen, die sie kannten, unvergeßlich bleiben.



**Das Hauptorgan der Sozialdemokratie Ungarns**, die in Budapest erscheinende „Nepkava“ (Vollstimme), wird vom 24. Mai an zweimal wöchentlich herausgegeben, und zwar Dienstags in ungarischer, Freitags in ungarischer und deutscher Sprache. Bisher erschien die „Nepkava“ einmal wöchentlich. Die Neuverteilung zeigt, daß auch die ungarische Sozialdemokratie durch die Verfolgungen nur gestärkt wird.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Am Sonnabend Vormittag erschien in der Buchdruckerei der „Vollstimme“ in Magdeburg der Kriminalkommissar Weinert und stellte im Namen der Staatsanwaltschaft die Personalien aller dortselbst beschäftigten Personen fest. Die „Vollstimme“ schreibt hierzu: „Welchen Zweck diese neueste Polizei-Aktion verfolgt, wissen wir nicht, werden es aber noch erfahren. Parteigenossen, welche befürchten, daß kurz vor der Wahl das gesamte Personal verhaftet werden könnte, sei mitgeteilt, daß bereits heute Vorkehrungen getroffen sind, die das Weitererscheinen der „Vollstimme“ verbürgen.“ — Der Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, Genosse Franzen, hat in dem Prozeß, der wegen angeblicher Verleumdung der Polizeibehörde von Wachen gegen ihn anhängig gemacht ist, die Anklageschrift zugestellt erhalten. Es handelt sich um einen Artikel über die von dem ultramontanen Janhagel verübte Störung des Begräbnisses des Parteigenossen Stammel.

### Ein neues großes Grubenunglück

hat die preussische Bergbevölkerung heimgeführt. Auf der Zeche „Jollern“ in Kirchlinde bei Dortmund, die der Eisenhütten- und Bergwerksgesellschaft gehört, brach in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag gegen 3 Uhr morgens auf der 274 Meter-Sohle in der Maschinenlammer eines nach der tiefsten (351 Meter-) Sohle gehenden blinden Schächtes ein Brand aus, wie es heißt dadurch, daß ein offenes Licht in der Brennlammer ein herabhängendes Hanselstück in Flammen gesetzt habe. Das Feuer fand an dem in dem betreffenden Teil des Werkes aufbewahrten Schmierfett reiche Nahrung und es entwickelten sich infolge dessen furchtbare Gase, die von dem in die Schächte einziehenden frischen Luftstrom (den „Wetter“) in die übrigen Teile der Zeche mitgeführt wurden. Dadurch kam die ganze aus 216 Mann bestehende Belegschaft in die größte Gefahr. 170 Mann konnten sich retten, 45 aber sind erstickt. Bei den Rettungsarbeiten, die noch dadurch erschwert wurden, daß sich das Feuer auch dem Schachte mitteilte — zeitweise schlug der Qualm zu Tage heraus — wurden zahlreiche Vergleite ohnmächtig, 12 derselben mußten dem Krankenhaus übergeben werden, und einer, der Bergmann Friedrich Siedel, der seinen Bruder retten wollte, kam dabei ebenfalls ums Leben. Die in der Grube verwendeten Pferde, an Zahl ca. 20, sind wahrscheinlich sämtlich umgekommen.

Unter den verunglückten Arbeitern befinden sich viele ältere, verheiratete Leute. Auch hier Maurer, die in der Grube Reparaturen auszuführen hatten, fanden bei dem Unglück ihren Tod. Am Montag wurde der Brand gelöscht; der Betrieb soll in etwa acht Tagen wieder aufgenommen werden können. Wie bei allen Grubenkatastrophen, so ist auch diesmal wieder, noch ehe von einer Untersuchung die Rede sein konnte, die Behauptung verbreitet worden, das Unglück sei durch Fahrlässigkeit eines Bergmanns entstanden. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Zechebesitzer, schrieb in diesem Sinne. Aber selbst die „Königliche Zeitung“, ein Unternehmerblatt wachstümlicher Sorte, erklärt vielsagend: „Ob fahrlässiges Handeln vorliegt, wird noch nicht festzustellen sein; jedenfalls sollte aber in einer solchen unterirdischen Brennlammer nicht bei offenem Licht gearbeitet werden. Es giebt doch Batterien genug, die genügendes Licht verbreiten, wenn eine Sicherheitslampe zur Beleuchtung des Betriebes nicht ausreichen sollte.“

Aber wenn auch wirklich die Fahrlässigkeit eines Arbeiters an dem Unglück Schuld sein sollte, das trübe Bild, das der preussische Bergbetrieb in Beziehung auf den Mangel ausreichender Sicherheit vor Vermählung der Arbeiter bietet, würde dadurch kein freundlicheres. Soll es lediglich auf die Achtung einer einzelnen Person ankommen, ob eine Grubenkatastrophe zu vermeiden ist oder nicht, dann kann sich der Staat mit seiner Aufsicht, die er über die Bergwerke ausübt, begnügen lassen. Warum schreibt die Regierung nicht die elektrische Beleuchtung der Gruben vor, die heutzutage einzuführen doch den Grubenbesitzern nicht schwer fallen kann?

Nach dem großen Bochumer Unglück schien es ja, als ob die Regierung ernstlich gewillt wäre, der Forderung der Vergleite auf den ihrer Ansicht nach zweckmäßigsten Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit entgegenzukommen. In seiner beweglichen Rede im Abgeordnetenhause ver sprach der Minister Bredel, daß Delegierte nach Belgien, England und Frankreich geschickt werden sollen, um die Erfahrungen kennen zu lernen, die man dort mit der Heranziehung der Vergleite zur Grubeninspektion gemacht hat. Seitdem sind viele Wochen vergangen, die preussischen Vergleite haaren immer noch der Erfüllung des Versprechens, eine Grubenkatastrophe folgt der andern, aber die Regierung hat ihren schönen Reden die That noch immer nicht folgen lassen; dagegen zögerte der Minister nicht, den Zechebesitzern am Piesberge in ihrem Kampfe um die Vernichtung eines uralten Rechtes der Vergleite hilfreich beizutreten.

Eine Privatdepesche meldet uns noch darüber: Bis Mittag waren 37 Leichen geborgen, 44 Mann sind vorausichtlich tot. Mehrere Verletzte wurden wieder belebt. Unter den Toten befinden sich drei Weiberpaare. Von der Rettungsmannschaft wurden ebenfalls manche betäubt und verletzt, sechs davon befinden sich im Krankenhaus. Genosse Scheibler von einer anderen Zeche, der zur Rettung der Verunglückten mit eingeschoben war, ist tot.

Wolff's Telegraphenbureau meldet vom Montag Abend 7 Uhr: Aus der Zeche „Jollern“ sind insgesamt 43 Tote und 6 Verwundete zu Tage gefördert. Von den Verunglückten befindet sich keiner mehr in der Grube.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Bauarbeiter!** Auf dem Bau Hasenheide, Parzelle 18—19, Maurermeister Lagon, sind am Sonnabend, den 21. Mai, 17 Kollegen plötzlich entlassen. Der Grund dazu ist folgender: Es wurden dort nur Kollegen beschäftigt, welche an der Spitze der Bewegung stehen und gegen das Auftreten des Volkes sowie des Kolonnenführers Front machten und eine menschenwürdige Behandlung verlangten. Alle Kollegen werden deshalb ersucht, ihre Solidarität dadurch zu beweisen, daß sie diesen Bau bis auf weiteres meiden. Die Lohnkommission.

Von der Lohnkommission der Bauarbeiter geht und folgendes Schreiben mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu: In der letzten Payerverammlung ist die Behauptung aufgestellt worden, daß wir vor allen Dingen die Sicherstellung unseres Arbeitslohnes vom Payer verlangen. Ebenso sollen sämtliche Redner in unseren Versammlungen die Payer als unsere Arbeitgeber bezeichnet haben. Dies scheint wohl der Hauptgrund, weshalb die Payer über unseren Lohnsatz zur Tagesordnung übergegangen sind. Was die erste Behauptung anbetrifft, so verwarfen wir uns ganz entschieden gegen derartige Unterstellungen. Die zweite Behauptung ist nur insoweit richtig, als wohl von einem Redner die Ansicht ausgesprochen wurde, daß die Payer im gewissen Sinne, weil sie die Payerträger engagieren, entlassen und ihnen Sonnabends den Lohn zahlen, als Unternehmer anzusehen wären. Dieser Kollege aber war ein Affordarbeiter, dem andere Payerträger in dieser Ansicht entgegentraten. In einer Verichtigung in der Payer-Versammlung wurde uns das Wort abgenommen durch einen Geschäftsordnungs-Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Wir hoffen, daß durch diese Verichtigung die Payer zu einer besseren Ansicht über ihre Berufsgenossen gelangen werden.

**An die Maurer Berlins und der Umgegend!** Wie bekannt, ist in der öffentlichen Versammlung vom 12. d. M. durch die Erklärung der hiesigen Verbandsmittglieder der Vertrag, auf welchem das Institut der gemeinsamen Lohnkommission beruht, aufgehoben und damit die Lohnkommission aufgelöst worden. Dort wurde ein Antrag angenommen, nach welchem eine Liquidationskommission, welche zu gleichen Teilen, und zwar je drei Kollegen aus jeder Richtung, zusammengekehrt wird, zu wählen ist, welche die geschäftliche Regelung des Vermögens der Berliner Maurer in die Hand zu nehmen hat. Von Seiten der Anhänger des Verbandes wurde auch sofort in die Wahl der Kommission eingetreten und gingen Unterzeichnete aus derselben hervor, während die Lokalorganisirten die Wahl bis zum heutigen Tage noch nicht vollzogen haben. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Geschäfte so lange allein in die Hand zu nehmen, bis die Ergänzungswahl stattgefunden hat und fordern daher alle Personen auf, welche in bezug auf Rechtsschutz oder andere Angelegenheiten, welche noch aus der Zeit vor dem 12. Mai d. J. herrühren, Forderungen an die bisherige Lohnkommission zu stellen haben, sich bei dem Kollegen Emil Gröppler, Mantuffelstraße 104, zu melden. Emil Gröppler, Wilhelm Schulz, Wilhelm Frenzel.

### Deutsches Reich.

**Lohnbewegungen der Bauhandwerker.** In Grünberg in Schlesien haben die Maurer ohne Arbeitseinstellung eine zehnstündige Arbeitszeit und 31 Pf. Stundenlohn erlangt. Damit ist der Lohn um 3 bis 5 Pf. erhöht und die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert.

In Darmstadt ist der Streik der Zimmerer durch eine gegenseitige Verständigung beendet. In der Piesberg bei Magdeburg wurden am 14. Mai sämtliche Maschinenarbeiter ausgeperrt, weil sie dem Verband angehören und ihre ausgeperrten Kollegen in Magdeburg unterstützen. Hieraus haben die Demarbeiter und Demmer gleichfalls die Arbeit niedergelegt.

**Am Streik der Hof- und Wagenschmiede in Breslau** sind noch 60—80 Mann beteiligt. Einige Meister haben die Forderung bezüglich der Abschaffung des Kofst- und Logiswesens bewilligt.

**Auf der Aufschlagsgrube bei Weichen** ist ein partieller Streik ausgebrochen, der sich höchstwahrscheinlich auf die Reutherungsgrube ausdehnen wird. Die Arbeiter erlangten eine Lohn-erhöhung, die ihnen abgelehnt wurde. Leider sind die Arbeiter nicht organisiert.

**Zum Streik am Piesberge.** Am Himmelfahrtstage fand in Osnabrück eine Versammlung der streikenden Bergarbeiter statt, in der ein Herr Heidmann über die Interpellation im Abgeordnetenhause sprach. Redner, der den Verhandlungen mit beigemohnt hatte, bezeichnete den Reich des Abg. Weimer, die Vergleite sollten die Arbeit bedingungslos aufnehmen, als unannehmbar. Das Schlußwort sprach Herr Pastor Frankmann aus Wallenhorst. Er ver sprach den Arbeitern, die auf dem Boden des Gesetzes, des Rechts und der Religion stehen, auch weiterhin seine Unterstützung. Durch aus ungehörig und unparlamentarisch sei es, immer gegen die Geistlichen zu gehen. Jeder wünsche den Frieden, wenn nur ein annehmbarer Friede gestellt werde. Bedingungslos sich wieder preisgeben, wie der Abg. Weimer dies verlangt habe, gehe aber auf keinen Fall. Die sogenannten kleinen katholischen Feiertage, von denen jetzt geredet werde, gebe es gar nicht, die Arbeiter hätten an diesen Tagen dasselbe Recht auf Ruhe, wie an den übrigen. Selbst die königliche Eisenbahn-Betriebsdirektion in Paderborn reklamirte diese Feiertage öffentlich als solche.

**Der Ausstand in der Sammelgrube von Scheibler** in Arefeld, der wegen einer Lohnreduktion entstand, ist zu gunsten der Kaufhändler beendet. Dem Gewerbegericht gelang es, eine Einigung zwischen der Firma und den Weibern zu erzielen.

**Die Hasenarbeiter in Mannheim** befinden sich in Differenzen mit der Direktion des Staatslagerhauses. Die Arbeiter sind der Meinung, daß ihnen zu unrecht von ihrem Lohn Abzüge gemacht würden. Von einem Streik will man vorläufig absehen, da der Hasenarbeiter-Verband einen Tarif der Direktion unterbreiten will. Bereits sind 30 Mann gemahregelt und sollten es zu weiteren Entlassungen kommen, so wird der Streik unvermeidlich sein.

### Ausland.

**Die Streikbewegung in Oesterreich** ist gegenwärtig eine ziemlich lebhaft. Alle Industriezweige und fast alle Berufszweige sind davon berührt. — In Bozen streikten die Zimmerer, sie verlangten eine 20prozentige Lohnreduktion. Auch die Schmiedegehilfen von Bozen haben die Arbeit eingestellt und verlangen an stelle der 12stündigen eine 11stündige Arbeitszeit. — Die Innsbrucker Maler, Lackierer und Anstreicher erhielten die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt, dagegen dürfte es bei den Bauarbeitern zu einem Streik kommen. — Der Fingelarbeiterstreik in Breitensee ist beendet, und zwar mit theilweisem Erfolge. Es ist gelungen, bei einigen Kategorien die alte Lohnquote zu erhalten, bei den übrigen wurden die geplanten Reduktionen beträchtlich vermindert. Gemahregelt darf niemand werden.

**Die Beendigung des Porzellanarbeiterstreiks** in Aich bei Karlsbad bestätigt sich. Derselbe hat 32 Wochen gedauert und der Organisation über 30 000 fl. gekostet; der Schaden der Firma ist aber viel höher einzuschätzen. Die Streikbrecher mußten viel höher entlohnt werden, als die alten Arbeiter und außerdem erforderte der „Schug“ der Schwärzbeine große Summen. Die Entlassung des Direktors konnten die Arbeiter nicht durchsetzen, dagegen wurde von Seiten der Direktion die Organisation der Arbeiter ausdrücklich anerkannt. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen werden. Ein Theil der Streikenden ist bereits eingestellt worden.

**In dem Maurerstreik in Gent** (Belgien), der seit dem 12. d. M. währt, sind gegen 1500 Arbeiter beteiligt. Bis jetzt haben nur 11 Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

### Soziales.

**Zur Verhütung von Krankheitsübertragungen durch Eisenbahn-Personenwagen** und durch die zum Aufenthalte der Reisenden bestimmten Wahnhofsanlagen hat das kaiserliche Gesundheitsamt im Einvernehmen mit dem preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten neue „Gesichtspunkte“ ausgearbeitet. Danach muß die Einrichtung der Personenwagen so beschaffen sein, daß der gründlichen Reinigung und Desinfektion Hindernisse nicht entgegenstehen; zu diesem Zwecke sind z. B. zur Wandbelichtung nicht bläulich und ähnliche raube Stoffe, sondern glatte Stoffe zu verwenden, und die Sippolster müssen in der Weise hergestellt sein, daß sie entfernt und mit stromendem Wasserdampf desinfiziert werden können. Fußböden und Wände zc. der Wartehäuser sind öfter, erstere bei starkem Verkehr täglich nach zu reinigen, ebenso die Bahnstühle. Die Bundesregierungen haben sich diesen neuen „Gesichtspunkten“ ebenfalls angeschlossen.

**Arbeiter-Risiko.** Beim Abbruch eines Stallgebäudes im Dorfe Dembe bei Schneidemühl stürzte der Giebel ein; dabei wurden zwei Maurer getödtet und drei lebensgefährlich verletzt. Ebenfalls schwere Verletzungen erlitten zwei Arbeiter auf dem Vorkammerwerke in Weichen O.-S., wo der Hochofen durch Explosion von Gasen in Brand gerathen war.

### Der Krieg.

Die beiden amerikanischen Geschwader haben sich vereinigt und kreuzen vor Havana. Sie hoffen der spanischen Flotte die Einfahrt in den Hafen zu versperren. Bei der erregten Stimmung in den Vereinigten Staaten über die bisherige Mißerfolge der Flotte bei ihren Operationen gegen Kuba drängt alles zur That. Ob sich freilich die spanische Flotte, die schwer unter Kohlenmangel leiden soll, dem amerikanischen Gegner so bald stellen wird, muß dahingestellt bleiben, wenigstens meldet ein in New-York eingetroffenes

Telegramm aus St. Pierre (Martinique) aus anscheinend guter Quelle, daß das Geschwader des Admirals Cervera nach den Gewässern von Martinique zurückgehen werde, um Kohlen einzunehmen. Die spanischen Behörden hätten der „Alcanta“ und dem Torpedobootsgeräthor „Terror“ nicht gestattet, von der „Zwischenham“ in Fort de France Kohlen überzuladen. Man glaube, daß die beiden spanischen Schiffe infolge dessen auf hoher See von der „Zwischenham“ Kohlen erhalten werden und daß letztere alsdann der Flotte Cervera's entgegenfahren dürfte. Ein von Curaçao in Port au Prince eingetroffener holländischer Dampfer berichtet, das spanische Geschwader habe in Curaçao 300 Tons schlechte Kohlen und 100 Tons Lebensmittel eingenommen. Das Geschwader habe wenig oder gar keine Kohlen und auch nur wenig Proviant gehabt.

Wegen der Anwesenheit der spanischen Flotte in amerikanischen Gewässern wies das amerikanische Schahamt die Zollbehörden an, keinem mit Kohlen beladenen Schiffe die Ausfahrt nach Häfen in den Antillen, Mexiko, Central- und Südamerika ohne besondere Erlaubnis des Schahamtes zu gestatten.

In Gibraltar verlautet, das in Cadix liegende spanische Geschwader werde sich nicht nach den Philippinen, sondern nach den kubanischen Gewässern begeben.

Für diese Annahme spricht jedenfalls sehr viel, denn in West-Indien wird die Entscheidung fallen. In zwölf Tagen kann die spanische Flotte in den westindischen Gewässern eintreffen, während sie nach den Philippinen unter allen Umständen zu spät kommen dürfte.

Mehrere Landungsversuche der Amerikaner auf Kuba sind wieder zurückgewiesen worden. Auch sollen die Aufständischen Niederlagen, aber nicht erheblicher Art, erlitten haben.

Der Präsident der kubanischen Junta der Provinz Cardenas, Ernesto Castro, welcher gestern an Bord des Kanonenbootes „Anapolis“ in Key-West angekommen ist, sagt aus, die Aufständischen befänden sich in großem Elend; früher seien Nahrungsmittel aus den Städten in die Landdistrikte eingeschmuggelt worden; dies sei jetzt unmöglich, da die Bewohner der Städte selbst Hunger litten. Was Kuba anlangt, so glaubt man in New-York allgemein, daß die Erwartungen Amerika's bezüglich erheblicher militärischer Mitwirkung von Seiten des Aufständischen-Führers Gomez getäuscht wurden.

Nach einem Telegramm aus Jacksonville ist am 18. d. M. eine aus 400 Kubanern bestehende Expedition mit großen Quantitäten Munition und 75 Maulekeln auf dem Dampfer „Florida“ von Tampa nach Kuba in See gegangen.

Eine Depesche Blanco's besagt, die amerikanischen Schiffe hätten, um die Garnison von Guantanamo zu täuschen, die spanische Flagge geführt, als sie sich vor dem Hafen zeigten; die Garnison habe jedoch den Feind sofort als solchen erkannt.

Die Madrider politischen Kreise und die Blätter drücken ihren Unwillen darüber aus, daß die amerikanischen Kriegsschiffe vor Guantanamo die spanische Flagge geführt hätten.

Die telegraphische Verbindung zwischen Europa und Amerika droht unterbrochen zu werden, was von unabweisbarem Schaden für den ganzen Weltmarkt wäre. In spanischen amtlichen Kreisen wird berichtet, die Regierung habe die Entsendung von Hilfskreuzern nach den Vereinigten Staaten beschlossen, um alle an den Küsten der Vereinigten Staaten mündenden Kabel, selbst die transatlantischen, durchschneiden zu lassen, für den Fall, daß das kubanische Kabel von den Amerikanern abgeschnitten werde.

Die „Times“ melden aus Key-West: Das Kabel zwischen Cienfuegos und Santiago ist wieder ausgebessert und auf diese Weise die direkte Verbindung zwischen Havana und Europa wieder hergestellt.

Der „Standard“ meldet aus dem Lager von Thomas nahe bei Chitamanga vom 22. d. M.: Die amerikanischen Truppen leiden sehr unter dem Mangel an Vorräte seitens der Behörden. Das 14. Regiment ist durch Hunger geschwächt und in fast meuterischer Haltung aus New-York hier eingetroffen. Die Vorräte an Nahrungsmitteln sind ungenügend. Jedes Zusammenwirken der Behörden fehlt.

In Amerika kommt man immer mehr zu der Ueberzeugung, daß der Krieg kein einfacher militärischer Spaziergang sei. Offiziere und Mannschaften, die sich im Auslande befinden, werden von der amerikanischen Regierung zur Fahne einberufen. Aus Wien wird hierüber gemeldet:

An alle in Oesterreich-Ungarn weilenden Amerikaner, welche dem aktiven Heere oder der Marine angehören, ist der Befehl ergangen, sofort in die Heimath zurückzukehren.

Auch alle Militär- und Marine-Attachés sollen abberufen sein, sie sollen durch dienstunfähige frühere Offiziere ersetzt werden.

Aus Washington wird telegraphirt: Das gepanzerte Küstenschiff „Monteron“, welches zuletzt an der Küste des Stillen Ozeans kreuzte, erhielt Befehl, nach Manila abzubringen.

In Spanien herrscht eine, wie uns dünkt, unbegründete Besorgnis über die Haltung Englands. Aus Madrid wird nämlich gemeldet: Die Besatzungen von Ceuta, Tarifa und Algeciras sind erheblich verstärkt worden, weil England in verdächtigster Weise in Gibraltar die Anhäufung von Munition, Proviant und Kohlen fortsetzt.

Eine weitere Meldung aus Madrid besagt: Englische Soldaten von der Besatzung Gibraltar landeten bei einer Ueberübung trotz Verbots auf spanischem Territorium, wurden aber von spanischen Grenzposten zurückgewiesen, wobei ein englischer Soldat verwundet wurde.

Für die schwere Finanznoth Spaniens spricht der Antrag des Senators Planas im Senate, nach welchem der Koupon der Schuld in Pefetas (minderwerthigem spanischen Papiergelde statt in Goldfranken) gezahlt und auf die anderen öffentlichen Wertpapiere eine Steuer gelegt werden soll.

Die spanischen Eisenbahn-Gesellschaften sollen der Regierung gegen Verlängerung ihrer Konzessionen ein Darlehen angeboten haben.

Ueber die Gefährlichkeit des kubanischen Klimas giebt die folgende Statistik des amerikanischen Arztes Dr. Drumer ein erschreckendes Bild.

Gestorben sind in Kuba während des Krieges gegen die Insurgenten von der spanischen Armee 32 534 Mann und zwar  
an gelben Fieber . . . . . 6 034  
an Typhus . . . . . 2 500  
an Ruhr . . . . . 12 000  
an Malaria . . . . . 7 000  
an anderen Krankheiten . . . . . 5 000

Dazu kommen aber noch mehrere tausend Soldaten, die als Invaliden nach ihrer spanischen Heimath zurückgeschickt worden und dort ihren Leiden erliegen sind.

Die beiden deutschen Schulschiffen „Stosch“ und „Moltke“ sollen nach Westindien gehen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Zunsbruck**, 23. Mai. (B. L. Z.) 2000 Bauarbeiter haben infolge der Ablehnung ihrer Forderungen durch die Baunternehmer die Arbeit eingestellt.

**Paris**, 23. Mai. (B. L. Z.) Die neue Deputirtenkammer ist wie folgt zusammengesetzt: 254 Republikaner, 104 Radikale, 74 sozialistische Radikale, 57 Sozialisten, 33 Nationalisten, 44 Reactionäre und 10 Nationalisten.

**Marietta**, 22. Mai. (B. L. Z.) Anlässlich einer Wahlversammlung entstanden gestern zwischen Sozialisten, Radikalen und Republikanern Streitigkeiten, in deren Verlauf sechs Personen schwer verwundet wurden.

**Kallutta**, 22. Mai. (B. L. Z.) Die gestrigen Unruhen in der Vorstadt Shovantipur dauerten zwei Stunden. Die Aufstörer, an Zahl 2000, mißhandelten viele Personen. Eine große Versammlung eingeborener Rajputen und anderer Eingeborener, die auf heute einberufen worden war, wurde verboten; ein Aufruhr schien bevorzustehen, die Menge wurde aber durch die aus Europäern und Eingeborenen bestehende Polizei auseinander getrieben.



# Wer nicht in der Wählerliste steht, verliert sein Wahlrecht!

## Kommunales.

Den Stadterordneten sind gestern sechszwanzig Vorlagen zugeht worden, darunter der Erlass des Provinzial-Schulkollegiums nebst hierauf erlassenen Bericht des Magistrats in Sachen der Verordnungsordnung der Lehrpersonen an den Gemeindeschulen. Weitere Magistratsvorlagen betreffen neben Rechnungsabläufen die Errichtung von acht Neubauten auf dem Grundstück des Krankenhauses Noobit (Verwaltungsgebäude, zwei Wohnhäuser für Pflegepersonal, zwei Kassen, Badehaus, Förstnerhäuschen, Wagenschuppen), bei einem Gesamt-Kostenüberschlag von 1.250.000 M., wobei von dem Bau eines Wohnhauses für den ärztlichen Direktor zur Zeit Abstand genommen wird; sowie die Ausführung von acht kleineren Bauten auf den städtischen Kieselsteinen, ferner den Verkauf von Bauparzellen an der Mühlentstraße, Ecke Grimmstraße, zu 100 M. und an der Thurmstraße, Ecke Dittowstraße, zu 100 M. pro Quadratmeter, sowie von Vorgartenland in der Urbanstraße zu 90 M. pro Quadratmeter und schließlich den Erwerb einer zum Neubau der Wallenstraße verwendeten Spreefläche zu 80 M. pro Quadratmeter; beantragt wird außerdem: „Die Stadterordneten-Versammlung ermächtigt den Magistrat zum Abschluß eines Abkommens mit der Gemeinde Lichtenberg, wonach die hiesige Stadtgemeinde die Verpflichtung übernimmt, die Frankfurter Allee von der Proslauerstraße bis zur Verbindungsbahn bis zum 1. November 1899 auf ihre Kosten zu regulieren für den Fall, daß seitens der Gemeinde Lichtenberg zu den Kosten dieser Regulierung bis 1. Oktober 1898 ein Beitrag von 50.000 M. geleistet wird.“ Der Stadterordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Anträge Cassel und Perls hat in einstimmig gefaßten Beschlüssen, wie bereits mitgeteilt, beantragt: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Verhandlungen mit dem königl. Polizeipräsidenten, darauf hinzuwirken, daß a) eine Reform der Bestimmungen, betreffend die Ausübung der Sittenpolizei, erfolgt, b) Vorkehrungen getroffen werden, um Mißbräuche und Ausschreitungen von Exekutivbeamten bei Verhaftungen und Festnahmen zu verhindern.“ Von den eingegangenen Petitionen seien erwähnt ein Gesuch von Stadtbau- und Bau-Assistenten des Hoch- und Tiefbaus und der Feuer-Societät um Neuorganisation ihrer Gehälter, ein Gesuch von Stabsbeamten um Gehaltserhöhung, ein anonymes Gesuch um Aufhebung der Gehaltszurücklegung der bis 1876 definitiv angestellten Magistratelektoren, ein Gesuch der Vereinigung der städtischen Techniker um Regelung ihrer Beschäftigungs- und Anstellungsverhältnisse, ein Gesuch der Schöffen der städtischen Wasserwerke um Gehaltsaufbesserung.

## Lokales.

**Sozialdemokratische Wahl-Versammlungen.** Heute, Dienstag, wird in Martens Salon, Friedrichstr. 236, eine Volksversammlung abgehalten, in welcher der Reichstagsabgeordnete des zweiten Wahlkreises, Genosse Richard Fischer, über die Neuwahlen zum Reichstag sprechen wird. Eine Volksversammlung des dritten Wahlkreises findet heute in der Ressource, Kommandantenstr. 57, statt. Genosse Liebknecht spricht über die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien. In einer Volksversammlung des vierten Wahlkreises (Südost), die in der Urania, Brangelstr. 10/11, stattfindet, referiert Genosse Robert Schmidt über die Frage: „Wer schützt die Rechte des Volkes?“ Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Wahlkreis hält heute im Feldschlößchen, Müllerstraße, eine Versammlung ab, in welcher Genosse Jacoby über die politische Organisation und die Reichstagswahl einen Vortrag halten wird. In Rixdorf findet am Dienstag zwei Volksversammlungen, und zwar in Peter's Salon, Anfechtstraße, sowie in Landner's Salon, Bergstraße. Die Parteigenossen A. Vorchardt und G. Ledebour werden über die Reichstagswahl referieren.

**Dritter Wahlkreis.** Die Parteigenossen, welche erst seit einem Jahre im Wahlkreis wohnen, werden ganz besonders gebeten, die Wählerliste genau nachzusehen. Es hat sich verschiedentlich gezeigt, daß die erst kürzlich in den Wahlkreis hinzugezogenen Personen recht mangelhaft in die Liste eingetragen waren.

**Die parteigenösslichen Vertrauensleute Berlins** eruchten um die Aufnahme folgender Erklärung: „Gelegentlich einer Versammlung im Söminmünder Gesellschaftshaus behauptete der Anarchist Landauer, ein sozialdemokratischer Vertrauensmann hätte sich an ihn mit der Bitte um Unterstützung im diesjährigen Wahlkampf gewandt. Den Namen verweigerte der Herr Landauer. Soweit wir als Berliner Vertrauensleute in Betracht kommen, erklären wir, daß sich keiner von uns an Herrn Landauer gewandt hat. Außer dem prinzipiellen Unterschied würde schon die Bedeutungslosigkeit der Gruppe Landauer diese Bitte zu einem Unsinne stampeln. Die Vertrauensleute Berlins.“

Die Adresse von Hr. Behrens ist nicht, wie berichtet, Fehrbellnerstraße 84, sondern Fehrbellnerstr. 85, Ecke der Chorinerstraße.

**Sechster Wahlkreis.** Außer den in der Sonabendnummer genannten Parteigenossen, erklärt sich noch Restaurateur Poillon, Schulendorferstraße 18a, bereit, für solche Wähler, denen es an Zeit gedrückt, die Listen nachzusehen.

**Ein kleines Vorbild zu den Reichstagswahlen** muß man die Prüfung der Wählerlisten nennen. In den Räumen, die später auch zur Wahl als Schauplatz der That, als Tempel für die Wählerliste dienen sollen, aus der dann der Kandidat als erklärter Volksvertreter hervorgeht, liegen auch die Listen aus. Und bei der wichtigen Prüfung, ob man auch selber in den Listen gebucht ist, in denen bekanntlich alle deutschen Staatsbürger, ob Schlotbaron oder Steinträger, vollblütiger Majoratsherr oder Mühenzieher, eine gleich große Rubrik besitzen als Symbol der Gleichheit des Wahlrechtes, kann man denn auch einen Vorgeschmack von dem Wahlgange bekommen. Und wer ein feinerer Menschenkenner ist, kann sogar mit einiger Sicherheit bestimmen, welcher Partei die einzelnen Prüfenden angehören. Denn jede Partei hat bekanntlich meist die Angehörigen einer bestimmten Klasse zu Parteigängern. Und die ganze Stimmung und das Wesen der Klasse zeichnen ihre Partei und sie selbst zur genüge und zeigt sich nirgends besser, als am grünen Tisch — vor dem Beamtenstump. Das meistbesuchte Bureau für Prüfung der Wählerlisten ist das Zentralbureau in der Poststr. 16. Es ist jenes alte Haus im Barockstil an der Ecke des Mühlendammes, das von Fürsten-Schlinglingen, die man Hochstapler und Spekulationskönige nennen möchte, erbaut worden ist. Jetzt weht in den Räumen, die einst der Kärm der Jesuiten, das Klingeln der Polale und das übermäßige Geräusch der Tafeldecken und Tänzenden durchdrang, die Luft der Amtsstuben mit ihrem trodnen Vajllus der Alten und der Ruchtheit des grünen Tisches. Oben im zweiten Stockwerk ist ein großes Zimmer zum Prüfungsbureau hergerichtet. Auf provisorisch aufgebauten Tischen liegen hohe Stöße Akten. 10—12 Beamte sitzen dahinter und fragen nach der Wohnung und dem Namen des Prüfenden. Erst wird in einem Heft nachgeschlagen, zu welchem Stadtbezirk der betreffende Wähler gehört, dann werden die Akten durchgesehen. Steht der Wähler drin, so kann er ruhig nach Hause gehen. Er hat seine Pflicht erfüllt! Sonst aber muß er sofort im Bureau die Eintragung seines Namens vornehmen

lassen. — In dies Zentralbureau kommen natürlich alle Klassen. Besonders stark aber treten die Kaufleute auf, die im Zentrum der Stadt so zahlreich vertreten sind. An der ihnen eigenen Sicherheit der Besitzenden und ihrer Gewandtheit im Umgang des Charakteristisches ist nicht nur allein ihren Stand — die erstere Eigenschaft theilt sie in ihrer Mehrzahl dem Freium zu. Dann stellt ein beleibter, gutgekleideter Vätermeister den Konservatismus dar und was sonst alles mit ihm zusammenhängt, wohl um eine kleine Schattierung heller oder dunkler, sonst aber auf derselben Grundfarbe: Volksausbeutung, gesinnt ist. Diese Herren Handwerksmeister, die in der Werkstatt mit der ganzen Prozigkeit der Alleinherrscher auftreten und ihre Lehrlinge wie Pudel abrichten möchten, zeigen in dem Bureau plötzlich ein ganz anderes Gesicht. Ihre Würde löst sich in Kriecherei und Demuth auf. Hier ist ihr Heiligstes; der grüne Tisch ist ihnen wie ein Altar und die dem Volke bezahlten Beamten sind ihnen die Priester, die ihnen das göttliche Geschenk der Wahl vermitteln. Mit unterwürfiger Scheu nähern sie sich dem Tische — würdige Vertreter der „wohlgesimten“ Parteien.

Auch Arbeiter sehen hier im Zentralbureau die Listen ein. Wenn sie auch häufig in der ungewohnten Umgebung etwas ungelent auftreten — man sieht es ihnen doch meistens an, daß sie als jene gewissenhafte Förderer auftreten, die sich des Rechtes ihrer Forderung bewußt sind. — In den einzelnen Stadtteilen sind natürlich die Besucher der Bureau's nicht so verschiedenartig. Sie entsprechen der sozialen Lage der Bewohner des Stadttheils. Im Westen kommen die Bankiers und Geheimräthe sehr häufig. Sie sind ja sicher, daß sie nicht übersehen worden sind. Aber in den Arbeitervierteln herrscht ein lebhafteres Wesen. Die Bureau's sind fast sämmtlich in Turnhallen der Gemeindeschulen errichtet, die auf dem Schulhofe, umgeben von Höfen und nackten Mauern, liegen. Die Turngeräthe werden als Schranke benützt, denn der Andrang ist in den Mittagsstunden und Sonntags sehr stark. Diese Arbeiter müssen die kostbaren Minuten der kurzen Mittagspause opfern, manche kommen sogar von der Arbeitstätte auf Fahrrädern herbeigeeilt. Alle werden von dem Gefühl getrieben, ihre Rechte zu wahren.

Selbstverständlich treten auch bei diesem Vorgang Chikanen des Bürokratismus zu tage. Zum Beispiel muß in dem Bureau in der Falkenstr. 55—56 jeder eine Legitimation vorzeigen. Dann bekommt er einen Zettel — kurz und gut die Sache wird dort überhaupt mit der größten Beiläufigkeit und Unständlichkeit betrieben, so daß es außerordentlich lange währt, bis ein Einzelner abgefertigt worden ist. Ist nun der Andrang etwas stark, so müssen die Prüfenden eine Stunde und mehr warten, bis sie abgefertigt worden sind. Auch wird denen, die nach ihrer Meinung dort zuständig sind, deren Listen aber nicht dort ausliegen, nicht gesagt, wo sie ihre Listen einsehen können. So ist es wenigstens am Himmelstagsfest geschehen und dürfte, da dieser Geschäftsgang immer noch dort üblich ist, auch jetzt noch geschehen. Die betreffenden Beamten mögen ja genau nach der Instruktion handeln. Daß es aber besser, für beide Theile angenehmer und bequemer gemacht werden kann, erfährt man im Zentralbureau, wo keine Legitimationen geprüft, keine Zettel ausgestellt werden und doch alles mit der gewöhnlichen Genauigkeit geht.

Warum läßt sich nicht überall diese Leichtigkeit des Geschäftsganges erzielen? — Es liegt im Interesse der Beamten, wie auch in dem der Wähler, möglichst wenig Zeit zu verbrauchen. Und die Wähler werden in den nächsten Tagen, wenn sie ihre Pflicht bisher noch nicht erfüllt haben, diese schleunigst nachholen. Doch sind wir gewiß! Und da ist eine schnelle Führung der Geschäfte notwendig. —

**Die zur militärischen Uebung einberufenen Wähler** können natürlich, auch wenn ihre Ueberlassung rechtzeitig erfolgt, nur dann ihr Wahlrecht ausüben, wenn sie in die Listen eingetragen sind. Deshalb ist es Pflicht ihrer Angehörigen und Freunde, für sie die Listen nachzusehen!

**Der gekränkte Magistrat.** Die zwischen dem Provinzial-Schulkollegium und dem Magistrat aus Anlaß der Lehrerbefoldungs-Frage eingetretene Spannung zeigt sich auch in dem Ton, der aus dem Schriftwechsel der beiden Behörden herausfließt. So heißt es in dem Schreiben des Provinzial-Schulkollegiums vom 14. April d. J. u. a.: „Die Bedenken gegen die vorgeschlagene Befoldungsordnung haben die Erwägung nahe gelegt, ob es nicht angezeigt sein würde, die Feststellung der entsprechend höheren Sätze im Befoldungsverfahren von den städtischen Behörden zu fordern. Wenn der Minister hiervon bezüglich des Grundgehalts Abstand nimmt, so geschieht es mit Rücksicht einerseits auf die Sonderstellung, welche das Gesetz der Stadt Berlin zuweist, und andererseits auf den der Bestimmung in Nr. 2 Abs. 7 der Ausführungsanweisung zu Grunde liegenden Wunsch, den größeren Stadtgemeinden in der selbständigen Regelung ihrer Befoldungen für die Lehrkräfte der Volksschulen thunlichst freie Hand zu lassen. Die städtischen Behörden von Berlin werden selbst die Verantwortung dafür übernehmen müssen, wenn die Hoffnungen, welche die Lehrer an den städtischen Gemeindeschulen an die Ausführung des Gesetzes geknüpft haben, sich nicht erfüllen und wenn die Bemessung des Grundgehalts in Zukunft die Erlangung so befähigter und bewährter Lehrkräfte erschweren sollte, wie sie im Interesse einer geistlichen Entwicklung des Berliner Volksschulwesens erforderlich sind.“ — In seiner Erwiderung, in welcher der Magistrat erklärt, daß er „nicht in der Lage“ sei, den gestellten Forderungen zu entsprechen, äußert er sich dahin: „Die städtischen Behörden sind bereit, wie für alle ihre Verhältnisse auch für die in dieser Angelegenheit gefaßten Beschlüsse die volle Verantwortung zu übernehmen. Die fortwährend eingehenden zahlreichen Bewerbungen um Anstellung im Berliner Gemeindeschulwesen geben die Gewißheit, daß es auch in Zukunft an geeigneten Lehrkräften nicht fehlen wird. Wir hoffen daher, das Berliner Gemeindeschulwesen, welches die städtischen Gemeindebehörden unter eigener Verantwortung und im wesentlichen ohne fremde Beihilfe in verhältnismäßig kurzer Zeit bis zu der gegenwärtigen Höhe gefördert haben, auch fernerhin unter Mitwirkung der Stadterordneten-Versammlung und der Bürgerschaft gedeihlich weiter entwickeln zu können, wenn wir uns auch bewußt sind, daß letztere, wie das vorstehende, noch vor Beendigung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens abgegebene, sehr wohl geeignet sind, unsere Stellung einem nahezu 4000 Personen umfassenden Lehrpersonal gegenüber erheblich zu erschweren.“ Schlimm genug, daß der Magistrat sich von den Vertretern der Regierung derart deutlich die Wahrheit sagen lassen muß!

**Die Sünde dieser gottlosen Welt** ist nicht allein der Zeh, sondern auch der Kirche Verderben. In der Kreisynode Wam, die gestern tagte, erstattete der Vorsitzende Prediger Raab den üblichen Bericht, in welchem nach der „Bos. Ztg.“ folgende, für das heutige Kirchenleben charakteristische Stelle vorkam: „Das Wahnemäßige und die theatralische Lichteffekte in manchen neueren Kirchen, die sich hervordrängen, die Musik-aufführungen in den Gottesdiensten, der ungeistliche und leichtfertige Ton, der sich hier und dort auf den Kanzeln vernehmen läßt, die Tanzveranstaltungen und Theateraufführungen bei christlichen Vereinsfesten und Familienabenden — das alles mag ja auf viele Leute eine gewisse Anziehungskraft ausüben, aber die Kirche kommt damit nur den Reigungen des natürlichen Menschen entgegen, ohne ihn auch für die ganz anders gearteten Aufgaben des Reiches Gottes zu gewinnen.“

Wer die Aufschlagssäulen eifrig studirt, wird dem Berichterstatter nicht so unrecht geben. Aber würde denn die fromm gewordene Bourgeoisie die Kirchen auch füllen, wenn diese Gebäude nicht durch Musikaufführungen und theatralische Lichteffekte einigermaßen interessant gemacht würden?

Wie es in der arbeitenden Bevölkerung um das Interesse für die Kirche aussieht, schildert der Bericht in folgenden Worten: Die sozialdemokratische Propaganda für den Austritt aus der Landeskirche hat im vergangenen Jahr verhältnismäßig geringen Erfolg gehabt; doch läßt, wie der Bericht hervorhebt, immerhin die gegen das Vorjahr verminderte Zahl der Tausen auf eine zunehmende religiöse Gleichgültigkeit in den Arbeiterkreisen schließen.

Sehr eigenartig war zum Theil die Art, wie eine von der Synode eingesetzte Kommission zur Bekämpfung der Prostitution sich mit diesem Uebel beschäftigte. Synodale Prediger Niemann berichtet darüber: „Die Gemeindevorstände haben den Polizeipräsidenten gebeten, ihnen die Listen der Prostituirten und der Wirthe, die solche aufnehmen, zu übergeben und diese Bitte sei erfüllt worden. In den einzelnen Gemeinden habe man sich auch bemüht, auf Grund der Listen Wandel zu schaffen.“ Wie das Wandel schaffen gemacht worden ist, wird in folgendem gesagt: „Als Erfolg sei zu verzeichnen, daß das öffentliche Gewissen nach gerufen und die Wirthe in vielen Fällen die Prostituirten aus ihren Häusern entfernt haben.“

Ob denn wirklich jemand glaubt, daß die Prostitution beseitigt oder nur vermindert wird, wenn man die Prostituirten abdochlos macht?! Seltsam berührt es, daß die Polizei, die doch mit recht an Private keine derartige Auskunft erteilt und es selbst ablehnt, den Hauswirthen zu sagen, ob eine neueziehende Mietherin zu den Prostituirten zählt, in diesem Falle den frommen Kirchenvägern die vollen Listen der Prostituirten in die Hände giebt!

**Eine unterhohle Annehmlichkeit** ist am Sonntag einem großen Theil der hiesigen Postunterbeamten zu Theil geworden. Infolge einer „eiligen Verfügung“ sind den Namen des Herrn v. Bobbielst nämlich „Verrechnungs-Verträge“ in der Höhe von dreißig bis zu hundertfünfzig Mark ausbezahlt worden, und zwar kamen in betracht diejenigen Unterbeamten, welche bereits am 1. April 1895 angestellt waren. Die Armen, welche nach diesem Tage mit dem Niesengehalt von 800 M. entschädigt worden sind, suchen nun in ihren wenigen Miethelunden unangenehm das Geheimniß zu ergründen, wie es kam, daß nach dem 1. April 1895 plötzlich die „Verrechnungen“ aufhörten, so daß sie als die Bediensteten völlig leer ausgehen mußten. In anderen Kreisen wird wiederum die Frage erörtert, ob die ausgezahlten Verrechnungsbeiträge im Grunde sind, in der jetzigen Zeit der Reichstagswahlen die Herzen der Unterbeamten mit dem Wahe von Patriotismus zu erfüllen, das zur Abgabe konservativer und antientimistischer Stimmzettel erforderlich ist. Solche Erwägungen sind natürlich despektirlicher Natur und gänzlich unangebracht. Kein Mensch und auch die Regierung nicht wird erwarten, daß man wegen einiger Zehnmärkchen auch dort plötzlich für ein Regime zu schwärmen beginne, wo bisher von solcher Schwärmerei kaum etwas zu spüren war.

**Ein „Waldgottesdienst“** fand am Sonntag Vormittag im Grunewald bei Baulsborn statt. Die Feier war arrangiert vom „Evangelischen Verein der Kaiser Friedrich Gedächtniskirche“, stellte sich also nicht als eine kirchliche Veranstaltung, sondern als eine Art öffentliche Vereinsversammlung unter freiem Himmel dar. Die Veranstaltung scheinen sich der weitestgehenden Unterstützung seitens der in betracht kommenden Behörden erfreut zu haben. Sie hatten mitten im Walde nicht nur einen Altar aufstellen, sondern auch Bankreihen hergerichtet dürfen. Die Versammlung fand außerdem unter dem Schutze eines Gendarmerie-Abtheilungswachpostens wohl kaum gestört werden, öffentliche Versammlungen im Grunewald abzuhalten. Nur den Gendarmen würde man ihnen, wenn man eine solche Absicht vernunthete, mit großer Bereitwilligkeit entgegenkommen.

**Akkumulatoren-Droschken.** Ein Konfession von großen Fuhrunternehmern beabsichtigt Akkumulatoren-Droschken zu bauen und in Betrieb zu stellen. Es sind bis jetzt 24.000 Mark zu diesem Zweck gesammelt. Bei dem am heutigen Dienstag stattfindenden Concours hippique wird eine solche Droschke den Interessenten vorgestellt werden. Von dem Ausfall dieser Vorführung hängt es wesentlich ab, ob das Unternehmen zu Stande kommt. In diesem Falle wird das Konfession bei der zuständigen Behörde sofort die erforderlichen Schritte zur Erlangung der Konzession für die Industriestellung von Akkumulatoren-Droschken unternehmen.

**Eine schwarze Liste der Droschkenpreller** giebt, wie berichtet wird, der Verein Berliner Droschkenfahrer heraus. In der letzten Zeit haben sich die Schädigungen von kauschieren durch Liebhaber von Gratisfahrten in auffallender Weise gehäuft, trotzdem verhältnismäßig dieser verwerfliche „Sport“ recht scharf geahndet und erst vor zwei Tagen eine Fahrgeldprellerin zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt wurde. Den Anfang in der schwarzen Liste macht ebenfalls eine Dame, eine Frau Baumeister Sch aus Hirschgarten. Die Dame, vor der nachdrücklich gewarnt wird, soll einen kauschier 2. Klasse um 8 M., einen 1. Klasse um 17 M., einen Tagameterkutscher gar um 30 M. betrogen haben.

**Vorgestern** war ein sogenannter freier Sonntag, an welchem die Geschäfte bis zum Abend offen gehalten werden durften. Ein großer Theil der in betracht kommenden Geschäfte, darunter auch verschiedene Großhändler, haben freiwillig auf die Ausnutzung der freigegebenen Stunden verzichtet, so daß das Publikum kaum etwas von der Aenderung merkte. Hoffentlich verzichten in Zukunft immer mehr Geschäftsinhaber darauf, ihren Angestellten um die schönen Sonntag zu rauben.

**Bei jedem der neuen Fürstenstandbilder**, die in der Siegesallee errichtet sind, stellt ein Säugmannsposten. Trotzdem wird den Statuen mancher böse Schabernack gespielt. Ohne daß der Thäter von dem Beamten bemerkt wurde, ist von dem Standbilde, das „Albrecht den Varen“ darstellen soll, ein Kreuz abgeschlagen worden. Beim Denmal Otto's II. fehlen, wie es heißt, bereits beide Kronenkreuze. Die Hündigkeit der Sicherheitsbehörde hat noch nicht herausbringen können, was es für Leute sind, die sich auf so überwältigende Weise für die Fürstenstandbilder interessieren. Den meisten Berlinern sind die neuen Figuren bekanntlich von Herzen gleichgiltig.

**Das Polizeipräsidenten** theilt mit: Mit dem Eintritt der warmen Jahreszeit sind den Polizeirevierern wiederum die erforderlichen sanitätspolizeilichen Maßnahmen zur besonderen Pflicht gemacht worden. Die Hausbesitzer werden gut thun, dafür beizutragen zu sorgen, daß die Kellerhöhlen auf ihren Grundstücken auf ihre Sauberkeit untersucht und etwaige Mängel sobald als möglich beseitigt werden, und ebenso daß die Abtritte auf Neubauten einer geordneten Kontrolle unterworfen werden. — Lagerstätten von Knochen, Lumpen und allen anderen überflüssigen Abfallstoffen, ferner Wagen-Transporte von solchen Stoffen werden von der Polizei einer fortgesetzten und strengen Ueberwachung unterworfen werden. Außerdem wird eine erhöhte Aufmerksamkeit gegen etwaige Verunreinigung der Straßen anzuwenden werden. Die Hausfrauen im besonderen seien daran erinnert, daß das Aufhängen von Wäsche sowie das Klopfen, Sonnen und Ausstauben von Betten, Matratzen, Fußdecken und dergl. Gegenstände auf öffentlicher Straße sowie an Türen, Fenstern, Balkonen, welche straßenwärts belegen sind, polizeilich nicht gestattet ist, und Zuwiderhandlungen mit Strafen



geahndet werden. Als öffentliche Strafe im Sinne dieser letzten Bestimmung werden auch die öffentlichen Wasserläufe angesehen.

**Mehrere Messerfische** trug am Sonnabend Abend gelegentlich einer Bauferei der 25-jährige Fabrikarbeiter Heinrich Lau davon, der in der Bleichenballe-Gebirg von Gebr. Koppe in der Reichenbergerstraße 47 beschäftigt ist. Streitigkeiten wegen der Nichtbeteiligung Lau's an einem in der Fabrik ausgebrochenen Streik sollen angeblich der Anlaß zu der Bauferei gewesen sein.

**Die Königl. Bibliothek** ist nach § 1 der Benutzungsordnung vom 28. Mai bis einschließlich 4. Juni d. J. geschlossen.

**Die städtischen Fisch-, Bade- und Schwimmbadanstalten** sind am Montag um 6 Uhr morgens eröffnet worden. In Rücksicht auf die im letzten Jahre veränderten Verkehrsverhältnisse sind die Badeanstalten zum Teil verlegt worden. Die Anstalten für weibliche Personen befinden sich jetzt an der Seilungsbrücke, Kaiserbrücke und Ebertsbrücke, sowie am Nordhafen. An den drei genannten Brücken, wie auch im Werderfischen Mühlengraben an der Jungfernbrücke, gegenüber der Königl. Münze, liegen auch die Badeanstalten für Männer. An der Mühlenstr. 50 ist je ein Bassin zur Benutzung für männliche und weibliche Personen eingerichtet worden.

**Einem scharflichen Tod** fand am Sonnabend Abend das vierjährige Söhnchen des Maschinenmeisters H., der für Instandhaltung der elektrischen Anlagen auf den Grundstücken Münzstr. 1 und 2 angestellt ist. Er war gegen 7 Uhr abends in dem Maschinengebäude tätig, wozu ihm unbekannt sein einziges Kind, ein vierjähriger Knabe, folgte. Der Kleine näherte sich einer Abflußrinne, in welche die Dämpfe hineinströmen und die immer 1/2 Meter tief mit kochendem Wasser gefüllt ist. Das Kind stürzte in die Grube hinein, und wiewohl der Vater dasselbe sofort herauszog, war der Kleine doch am ganzen Körper verbrüht und verlor unter entsetzlichen Qualen.

**Von den schwarzen Vöcken** ist ein Mann von der afrikanischen Truppe befallen, die hier im Passage-Panoptikum Vorstellungen giebt. Der Unterhauptsling Mensch war seit vier Tagen krank. Der behandelnde Arzt Dr. Petri ließ den Kranken in eine Anstalt bringen. Hier wurde die Krankheit als echte schwarze Vöcke unversehrhaft festgestellt. Im Einverständnis mit der Direktion des Panoptikums hob daher die Polizei die für 6 Uhr angelegte Abendvorstellung auf und traf weitere Anordnungen für die Isolierung der schwarzen. Da dann die Direktion keine Weisungen mehr erhielt, so ordnete sie heute aus eigenem Antriebe umfassende Desinfizierungen und eine sorgfältige Ueberwachung der schwarzen an, die sich bis jetzt noch alle wohl befinden. Die übrigen Räume des Panoptikums sind nach wie vor geöffnet.

**Durch einen Revolverschuß** wurden Sonntag Nachmittag um 2 1/2 Uhr die Bewohner des Hauses Grünhaldenstr. 68 alarmiert. Auf dem Flur des Hauses fand man eine gut gekleidete Frau in ihrem Blute schwindend. Der in demselben Hause wohnende Heilgehilfe Domann nahm sich der Verwundeten, die sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt hatte, an; sie starb ihm jedoch unter den Händen.

Die Selbstmörderin ist, wie nachträglich berichtet wird, eine 17-jährige Helene S. aus der Griebelstr. 22, ein hübsches Mädchen, das mit dem Desinfizierer H. verlobt war. H. hatte die Verlobung aufgehoben, weil ihm mitgeteilt worden war, daß seine Braut sich in Galanterie mit anderen Männern eingelassen habe. Das Mädchen versuchte gestern Nachmittag vergeblich, Einlaß in die H'sche Wohnung zu erlangen, um eine Wiederaufnahme des Verhältnisses herbeizuführen. Als H. die S. abwies, ging sie in den Flur hinauf und erschloß sich.

**Schwer verunglückt** ist am gestrigen Tage der Vereiter Alfred Winter, welcher in einem Zatterfall am Zoologischen Garten beschäftigt ist. Er wollte im Ziergarten ein neu angekauftes Pferd zureiten; als er unter einer Brücke der Stadtbahnüberführung durchritt, schenkte der Gaul und ging durch. In der Nähe des Landwehrkanals ward Winter aus dem Sattel geschleudert. Passanten fanden ihn bewußtlos, hoben ihn auf und brachten ihn nach einem Krankenhause. Das Pferd fing ein Artillerist ein.

**Ein peitscher Vorfall** spielte sich am Montag Morgen an der Ecke der Müller- und Nazarethstraße ab. Die wenigen Fußgänger, welche gegen halb fünf Uhr diese Straße passierten, sahen, wie ein Schuttmann mit gezogener Säbel auf einen langsam daherschreitenden Arbeiter zueilte und diesem mehrere Hiebe beibrachte, so daß der Unglückliche blutend zusammenbrach. Als die Straßenpassanten empört ihrem Unwillen Luft machten und von dem Schuttmann Auffklärung verlangten, entgegnete dieser zunächst, daß dies andere Leute gar nichts anginge; schließlich bequente er sich aber zu der Behauptung, daß der Wütende ihm vorher eine Backfeife verabreicht hätte. Ob dieses zutrifft und ob irgend welcher Grund vorlag, den Geschehnissen in der geschilderten Weise zu traktieren, wird hoffentlich durch die Untersuchung aufgeklärt werden.

**Feuerbericht.** Vom vergangenen Freitag bis Sonntag hatte die Feuerwehre nirgends thätig eingzugreifen. Verschiedene Alarmlösungen betrafen blinde Lärm infolge niedergedrückten Wassers, einige andere Fälle waren so geringfügiger Art, daß ein Wassergeben mittels Spritze nicht erforderlich war. Am Montag waren jedoch mehrere Brände zu befechtigen. Hagelsbergerstr. 24 brannte die Schalbede und Walfenlage. Chausseestr. 72 ging ein Posten Späne und verschiedenes Gerätpel in Flammen auf. Um 7 Uhr früh erfolgte Alarm nach Linienstr. 7, wo jedenfalls durch Unvorsichtigkeit Stroh in einem Pferdehülle Feuer gefangen hatte, das jedoch gedämpft wurde, ehe es große Ausdehnung erlangte. Ein Küchenbrand rief die Wehr um 9 Uhr nach Meinerstr. 23. Fußboden, Thür und Fenster wurden zerstört. Kurz darauf brannte Brunnenstr. 116 ein Posten Gerätpel, wobei auch das Haus beträchtlichen Schaden erlitt. Nachmittags 5 Uhr mußte Ragdeburgerstr. 24 ein Zimmerbrand abgelöscht werden, bei dem eine Zimmerheizung total zerstört wurde.

### Aus den Nachbarorten.

**In die Arbeiter Schönebergs,** welche Wähler des 4. Bezirks der 3. Abteilung sind, ergeht nochmals das dringende Ersuchen, am 28. Mai, vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr, ihre Pflicht zu erfüllen, damit die Wahl unseres Genossen G. Hoffmann gesichert wird. Auch werden die Parteigenossen, welche Zeit haben, ersucht, sich am Tage der Wahl dem Komitee zur Verfügung zu stellen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

**Parteigenossen, beachtet bei Auskünften die Lokalliste!** Der Vertrauensmann des Kreisoberbanns schreibt uns: Troy aller Bemühungen der Lokalkommission scheidt die Berliner Bevölkerung der Lokalliste immer noch nicht die gebührende Beachtung. Freienwalde a. O. ist eines der beliebtesten Ausflugsziele, hält man in diesem Orte aber des Sonntags Umschau, dann sieht man, wie auch die gesperrten Lokale fast überfüllt sind. Wenn die Berliner Parteigenossen nur die leiseste Ahnung hätten, mit welcher Erbitterung in Freienwalde um Versammlungslöcher gekämpft wird, wie die größeren Saalbesitzer unsere Parteigenossen mit der Bemerkung abwischen: „die Berliner kommen doch zu uns“, so würden sie gewiß nur die Lokale aufsuchen, welche in der Liste verzeichnet sind. Besondere Vorsicht ist in der Auswahl der Führer zu üben, da diese oft von den gesperrten Saalbesitzern gut bezahlt werden. Auch würde es sich empfehlen, daß Vereine oder größere Gesellschaften an die Lokalkommission zu Freienwalde schreiben, bevor sie dort eintreffen. Also bitte etwas mehr Solidarität!

**Waisenfee.** Die Parteigenossen, welche keine Zeit haben, die Wählerliste nachzusehen, werden nochmals auf die mit den bekannten Plakaten belegten Geschäfte hingewiesen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß am Dienstag und Mittwoch, abends von 8-10 Uhr, eine Abkürzung der Wählerliste im Lokale von Pfeiffenmüller, Königs-Chaussee 28, zur Einsicht ausliegt.

**Das Gewitter** am Sonntag Abend hat in den östlichen Vororten größeren Schaden angerichtet. In Köpenick fielen die Hagelkörner so groß wie Taubeneier. In Friedrichshagen schlug der Blitz in das neuerbaute Seuffelbenschke Haus. Das Gebäude wurde in seinen Grundmauern beschädigt, und ist, da der Blitz zündete, voll-

ständig ausgebrannt. Die freiwillige Feuerwehre hatte 8 Stunden zu thun. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

**Durch einen Blitzschlag** verletzt wurde am Sonntag der Bautechniker Zimmerling. Der 23-jährige junge Mann befand sich zur Zeit des Gewitters zum Besuch in Wulkow bei Erbnar. Während er mit seiner Braut und deren Angehörigen im Zimmer saß, erfolgte ein starker Schlag und ein Flammenmeer umhüllte das Haus. Man stürzte ins Freie und bemerkte, nachdem sich der erste Schreck gelegt hatte, daß der Bräutigam fehlte. Er wurde bewußtlos in Zimmer vorgefunden, erholte sich aber allmählich wieder. Die Wunde war ihm jedoch fast vollständig gelähmt, auch zeigte sich die Spur des Blutes an der rechten Körperseite, namentlich war der rechte Karmel bis aufs Fleisch durchgebrannt. Zimmerling hatte etwa 1 Meter von der Wand entfernt gesessen, seine Braut, die ihren Sitz unmittelbar an der Wand hatte, kam mit dem Schreden davon. Der Verletzte hat sich in ärztliche Behandlung gegeben. Bemerkenswert ist, daß jenes Gehöft schon einmal von einem Blitzschlage betroffen wurde.

## Gerichts-Beilage.

**Die Verhandlung gegen die vier früheren Aufsichtsrathsbevollmächtigten** der verkrachten Genossenschaft „Sparr- und Leihbau Niederbarnim“ gelangte bereits gestern Mittag zu Ende. Während der Staatsanwalt gegen die Angeklagten Stendal und v. Rogstede je vier Wochen, gegen Buise und Klautz je drei Wochen Gefängnis beantragt hatte, kam der Gerichtshof zu der Freisprechung sämtlicher Angeklagten, weil ihnen ein strafbares Verhalten nicht nachzuweisen war.

Die Verhandlung erlitt kurz vor Schluß noch eine unliebsame Störung, indem einer der Verteidiger, Rechtsanwalt Voigt, mitten in seinem Plaidoyer von einem so heftigen Unwohlsein befallen wurde, daß er auf einen Stuhl niederlag. Er war nicht im stande, ein Wort herbeizubringen, seine Weine verlagten den Dienst, so daß er hinhintergetragen und in einer Tröschle nach Hause befördert werden mußte. Der bedauerenswerthe Vorfall erregte allgemeine Theilnahme.

**Ein Sittenbild** wurde gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II aufgerollt. Eine Frau Döring aus Charlottenburg war wegen schwerer Ruppel angeklagt, der Sohn derselben wegen verächtlicher Erpressung. Der Angeklagte zu I wurde nachgewiesen, daß sie ihre jugendliche Tochter, eine Melmerin, an den Meßbietenden verpfändet hat. Sie hatte der Tochter ein Zimmer ihrer Wohnung eingerichtet und war sich zur pränumerando zu zahlenden Entschädigung, deren Minimalbetrag 80 M. für den Monat betrug, der Mutter gegenüber verpflichtet, dem stand ein absolutes Verfügungsrecht über die Tochter zu, welche letztere allerdings eine besondere „Gratifikation“ erhalten mußte. Eine Zeit lang hatte der Legations-Sekretär einer ausländischen Gesandtschaft die Tochter gemiethet. Der mitangeklagte Sohn der spekulativen Mutter kamnte das Verhältnis und sandte dem Herrn Legationsrath wiederholt Briefe mit der Drohung, die Angelegenheit zu veröffentlichen und gleichzeitig der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, wenn er nicht mit hohen Beträgen abgefunden werde. Der Verdacht übergab die Briefe an die Staatsanwaltschaft und gestern wurde die Mutter zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, der Sohn zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt. Die Mutter würde noch höher bestraft worden sein, wenn an der Tochter noch etwas zu verderben gewesen wäre.

**Strome von Thränen** flossen in einer Verhandlung, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank saßen acht Knaben im Alter von 18 bis 15 Jahren, welche beschuldigt und geständig waren, sich verbunden zu haben, um gemeinschaftlich Taschendiebstähle auszuführen. Im Jugenraume durften die bedauerenswerthen Eltern der ungerathenen Kinder der Verhandlung beiwohnen.

Die Angeklagten hatten in ersaunlich verschmitzter und dreister Weise förmliche Raubzüge unternommen. Zuvor hatten sie Proben unter sich veranstaltet. Einer von ihnen hatte gehört, daß sich Taschendiebstähle leicht ausführen ließen, wenn der Dieb die Arme über einander kreuzte, sich neben einem Herrn im Gedränge stelle und dann mit einer Hand in die Billettasche des zu beraubenden Herrn fahre. Derjenige, der sich bei dieser Probe am geschicktesten benahm, wurde dazu bestimmt, den Diebstahl auszuführen, zwei andere mußten vor und hinter ihm aufstellung nehmen, um seine Bewegungen zu verdecken. So vorbereitet suchten die Angeklagten die belebtesten Orte, wie die Passage oder die Eingänge zum Circus kurz vor Beginn der Vorstellung auf. In häufigen Fällen fand der Dieb in den Billettaschen kleinere Beträge, einmal fiel den Angeklagten auch eine erhebliche Summe zu. Ein Herr, welcher vor einem fliegendem Buchladen in der Nähe des Bahnhofes stand, war so unvorsichtig, sein Portemonnaie in einer Kuffentasche seines Ueberziehers zu bewahren. Einer der jugendlichen Diebe merkte dies und nach wenigen Augenblicken hatte er es in seinen Besitz gebracht. Das Portemonnaie enthielt 200 M. in Gold, die Summe wurde unter den Angeklagten vertheilt und vernascht.

Der Gerichtshof verurtheilte den ältesten der Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre, die übrigen kamen je nach dem Umfange ihrer Thätigkeit mit gelinderen Strafen davon.

## Wahlversammlungen.

**In Schmargendorf** fand dieser Tage eine öffentliche Versammlung statt, in der Alphonso Vorwardt über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. In seinem Vortrage unterzog Redner die in unserer Kreise in Frage kommenden gegnerischen Parteien einer scharfen, aber durch die Thatsachen gerechtfertigten Kritik, wofür ihm der Beifall der Versammlung zu theil wurde. In der Diskussion sprach zunächst Schwarz im Sinne des Referenten. Hierauf nahm Herr Johannes Gutzeit das Wort. Er wünschte zu erfahren, welche Stellung Jubel zum Zwangsverbot und ferner zu einem in Vorbereitung befindlichen Gesetzesentwurf einnimmt, nach welchem die Ausübung der Heilung nur mittelstlich approbierter Kräfte gestattet sein soll. Der Referent hielt sich nicht für berechtigt, im Namen Jubel's zu diesen Fragen Erklärungen abzugeben. Die sozialdemokratischen Parteimitglieder haben es bisher abgesehen zur Zwangsverbot Stellung zu nehmen. So dürfte es auch in Zukunft gehalten werden. Es ist Sache jedes Einzelnen, wie er sich zu dieser Frage, die mit unserem Programm nichts zu thun hat, stellt. Ueber Gesetzesentwürfe, die ihrem Wortlaut nach noch gar nicht bekannt sind, wie der über die Ausübung der Heilung, kann man kein endgültiges Urtheil abgeben. Als gelegentlich der Krankenlassen-Revolution der Versuch gemacht wurde, die Kurfreiheit auf die approbierten Kräfte zu beschränken, hat unsere Fraktion geschlossen dagegen gestimmt. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und für die Wahl Jubel's zu wirken versprach.

**In einer lebhaften Auseinandersetzung** zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten kam es am Sonnabend in einer von freisinniger Seite einberufenen öffentlichen Wählerversammlung in Charlottenburg, in welcher der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, Dr. Bernstein, über die bevorstehenden Wahlen referirte. Der erste Theil seines fast zweistündigen Referats, der sich gegen die agrarischen Bestrebungen wandte, war durchaus sachlich gehalten, während der zweite Theil, der sich gegen die Sozialdemokratie richtete, an Sachlichkeit alles zu wünschen übrig ließ und den Beweis dafür liefert, daß der freisinnige Redner von der Sozialdemokratie so gut wie nichts versteht. Nach seiner Ansicht ist unter anderem der Antrag Hanig sozialistisch, unser Programm ist verheerend, wir erstreben einen Zukunftsstaat, der einem Zuchthause ähnelt und fördern mit unserem Auftreten nur die Reaktion, die wirksam einzig und allein von dem Freisinn bekämpft werden könne. Selbst das alte Märchen, daß Wismar die Sozialdemokratie protegirt habe und daß es ihm gelungen sei, die bürgerliche Opposition durch die Schaffung der Sozialdemokratie zu

brechen, wurde herbeigeführt, um den Zuhörern die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie vor Augen zu führen. Demgegenüber war es den Rednern, die von unserer Seite in die Debatte eingriffen, den Genossen Vogel, Scharenberg und Hirsch ein leichtes, die zahlreichen Irrthümer aufzuklären, die dem Referenten unterlaufen waren. Natürlich vergebens. Die Herren Freisinnigen ließen sich nicht belehren, und als gar Genosse Hirsch dazu überging, dem Freisinn seine Sünden aus den letzten Jahren vorzuhalten, da verjudeten die Herren, denen es hierbei recht unheimlich zu Muthe sein mochte, unseren Redner durch Schlußrufe zu unterbrechen. Sachlich konnten sie auf diese Rede nicht erwidern, und so begnügten sie sich denn mit der billigen Antwort, daß sie das von unserem Redner vorgebrachte Material nicht kontrolliren könnten, — als ob wir davon schuld sind, wenn die Freisinnigen sich nicht über alle Vorgänge des politischen Lebens genügend unterrichten! Ganz neue Entdeckungen machte Dr. Bernstein, als er zum zweiten Male zu Worte kam. So hat er zum Beispiel festgestellt, daß die Zahl der Kleinbetriebe im Zunehmen begriffen ist, daß im „Zukunftstaat“ nichts mehr gedruckt werden kann, was nicht von einer hohen Obrigkeit genehmigt wird, daß auch zum persönlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände, wie Stiefel, Kleider und Fahrräder, dazu dienen können, seine Lebensmenschen auszubenten, und schließlich, daß die Sozialdemokratie den Begriff des „kapitalistischen Privateigentums“ erst erfunden hat, nachdem sie von Eugen Richter in den „Sozialdemokratischen Zukunftsbildern“ so glänzend widerlegt war; daher habe sie in ihrem Programm nur vom „Privateigentum“ schlechthin gesprochen. Der freisinnige Kandidat weis demnach nicht, daß die berühmten „Zukunftsbilder“ erst im Dezember 1891 erschienen sind, also mehrere Monate, nachdem unser Programm vom Parteitag in Erfurt angenommen war. Eine Erwidrung war unseren Genossen nicht möglich, da sofort nach der Rede des Herrn Dr. Bernstein ein Antrag auf Schluß der Debatte zur Annahme gelangte.

**Wilhelmsberg.** Am Sonntag, den 22. d. M., fand hier eine Volksversammlung statt, in der der Kandidat des Amtes, Genosse Stadthagen, einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen und den Standpunkt der gegnerischen Parteien“ hielt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung nahm Genosse Jambiers das Wort und wies auf die vom Gemeindevorstand verbreiteten Flugblätter hin, welche aus der belannten Fabrik des Pastors Halle stammen und durch ihren gegen den „Umsturz“ gerichteten Inhalt zur Förderung unserer Bestrebungen beitragen.

## Versammlungen.

**Die Bauarbeiter** hielten am Sonntag in Berlin und den Vororten fünf öffentliche Versammlungen ab, um die Lohnbewegung zu besprechen. In Stegert's Saal in der Andreasstraße hatte Guttsch das Referat übernommen. Er wies im Hinblick auf die Lohnverhältnisse der Bauarbeiter auf die Nothwendigkeit einer Bewegung hin und betonte, daß eine solche ohne Geldmittel nicht durchgeführt werden könne. Der Redner führte weiter aus, daß die in der vorigen Versammlung beschlossenen Beiträge zum Streifonds — Alfordarbeiter 1 M., Lohnarbeiter 50 Pf. wöchentlich — von vielen Kollegen nicht gezahlt werden und die Eintreibung der Sammlungen auf manchen Bauten große Schwierigkeiten verursachen. Mehrere Diskussionsredner gaben derselben Ansicht Ausdruck, auch wurde bemerkt, daß die Beiträge zum Streifonds den meisten Kollegen zu hoch erschienen, weshalb diese die Zahlung verweigern. Eine Resolution wurde angenommen des Inhalts, daß die Kommission von den geleisteten Beiträgen die Streifunterstützung abhängig machen, übermäßige Anforderungen aber zurückweisen solle, und daß jeder Kollege verpflichtet sei, dem Beschluß der vorigen Versammlung bezüglich der Streifbeiträge nachzukommen. — Als Gewerbevereins-Kandidat wurde Dudow aufgestellt.

Die Versammlungen in Moabit, Dueselstraße, und in Schöneberg, Grunewaldstraße, nahmen den gleichen Verlauf und schloßen dieselben Beschlüsse wie die Versammlung bei Stegert. Die Kollegen von Rixdorf und Britz, die in der Germaniastraße tagten, lehnten die Resolution ab. In Köppliner Hof für den Norden hatten sich nur wenige Besucher eingefunden, die Versammlung wurde deshalb vertagt, sie soll am dritten Pfingstfeiertage vormittags 10 Uhr in demselben Lokal stattfinden.

**Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur.** Heute, abends 8 1/2 Uhr, Regelstraße 10/11. Soziale Gruppe: Rechtsanwalt Dr. Berg; Eigenhaus oder Genossenschaftshaus? Diskussion. Gäste willkommen.

### Witterungsübericht vom 23. Mai 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	757	SE	1	hdb. bed.	16	Haparanda	760	NR	2	bedekt	7
Hamburg	758	SE	2	bedekt	11	Stettin	758	NR	1	bedekt	14
Berlin	757	SE	1	hdb. bed.	16	Tor	755	SE	0	bedekt	12
Bielefeld	757	SE	1	wolkenl.	16	Worms	762	SE	0	bedekt	10
München	757	SE	2	wolkenl.	15	Paris	756	SE	1	hdb. bed.	15
Wien	757	SE	1	wolkenl.	13						

**Wetterprognose für Dienstag, 24. Mai 1898.** Warm, zeitweise heiter, vielfach wollig mit mäßigen südlichen Winden und etwas Neigung zur Gewitterbildung. Berliner Wetterbureau.

Ein zweiter stämmiger Sozialdemokrat ist geboren. Dies zeigen hocherfreut an Adolf Vork nebst Frau.

### Arbeitsmarkt.

**Achtung! Achtung! Holzarbeiter.** In der Möbelfabrik von Rückwardt & Kugel, Wienerstr. 50, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Jung ist fernhalten. 80/13. Die Ortsverwaltung.

**Fournierschneider** wird gef. Alte Jakobstr. 20. 38635

**Silberarbeiter,** tüchtig für Messerhefte, wird verlangt Dresdenerstr. 95, 1 Tr. 38648

**Widener** für silberne Messerhefte wird verl. Dresdenerstr. 95, 1 Tr.

**Mausfeld** auf Jostett u. Mädchen-Paletots von 1,50 M. an verlangt **Wedemann,** Frankfurterstr. 4, 1 Tr.

**Bergelberg** auf seine Politurleihen finden dauernde Beschäftigung bei Müller, Grüner Weg 56. 36748

**Kreisjägerschneider,** der schon auf Goldleihen geschulten und tüchtig ist, sucht **Werkmeister,** Brunnenstr. 194.

**Güter** Köppliner Hof bei hohem Lohn wird verlangt. **Strawe,** Seydelstraße 17, 3 Tr. 38728

### Lichtdruck!

**Tüchtige Handpressen-Drucker** für dauernd sucht **Martin Dienstbach.** Junge Mädchen, vierzehn bis sechzehnjährig, brav, geschult, zum Lernen auf Fuchsborn gegen Hinlang'sohn von 4 Mark per Woche. 38806 Ehrlich, Seydelstr. 27 (Spindlerhof).

### Blumenhandlung

**P. Abromeit,** Berlin SW., Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billige (Wartballeen) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

### Kranzbinderei u. Blumenhandlung

von 50458

### Robert Meyer,

**No. 2, Mariannenstr. No. 2.** Widener-Stränge, Entlanden, Ballsträußen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Suchen erlernen: **Matte** der Sozialistischen

### Monatshefte

mit Portrait von **Eleanor Marx-Aveling.** Zu beziehen durch jede Buchhandlung u. die Expedition, Berlin N., Brunnenstr. 193. 36516

**Vereinszimmer,** gr. Simonstr. 23.

Schlafst. verm. Brunnenstr. 12, S. III.

**Möbl. Schlafstelle** zu vermieten bei **Schroder,** Ritterstr. 4, 2. 4 Tr.

**Möbl. Schlafst. f. D.** aber 2 G. zu verm. **Kottbuser Damm** 102, 1 Tr. I.

**Drantenstr. 187** bei **Schroder** möbl. Zimmer an 1 od. 2 Herren. 38306



# Charlottenburg.

Wittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr.

## 2 Volksversammlungen

in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39, und in der Gambrius-Brauerei, Wallstr. 94.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referenten: Auer und Liebknecht.
2. Diskussion. Die Vertrauensleute.

## Urania

Taubenstr. 48/49.

Naturkundliche Ausstellung.

Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab.

Eintritt 50 Pf.

Abends 8 Uhr:

Wissenschaftliches Theater.

Passage-Panopticum.

**36 schwarze Mädchen**  
aus unseren afrikanischen Kolonien.

Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.



Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165. Ein lebender Riesen-Orang-Utan der Waldmensch von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch.

Salambo, die schöne Schlangengigant.

Brauerei Friedrichshain

früher Lips. Am Königsdörfer. Heute Dienstag: **Grosses Militär-Frei-Konzert** der Garde-Musikere. Morgen Mittwoch: **Jänisch-Konzert** (Alexander-Reg.)



Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112. An allen 3 Pfingstfeiertagen sowie von da an täglich **Stettiner Sänger** (Weibel, Pietro, Weiton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schröder).



Ostbahn-Park

Am Köpenicker Platz. Täglich: **Concert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.** U. a.: The Borsini Trio, Altoberti, Fioretta & Hans d'Albert, Duettisten, etc.

**So lebt man in Berlin.** Post-Vorstellungen. Kaffeehäuser v. 2 Uhr geöffnet. Beginn des Concerts Sonntag 4 Uhr, Wochentag 5 Uhr. Entree Sonntag 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochentag & Perf. 10 Pf.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: **Hoffmann's Quartett und Humoristen.** Leichte Kavallerie und die Opernparodie **Cavalleria Rusticana.**



Geschäftseröffnung.

Meinen Freunden und Bekannten zeige hiermit an, daß ich in meinem Hause **Lützowstr. 43** (am Bahnhof Heusselstr.) ein **Restaurant** eröffnet habe, wozu ich freundlich einlade. 62942

**Karl Wildberger.** Vereinszimmer ist zu vergeben. Telefon: Amt II Nr. 2269.

**Unsergewöhnl. günstige Kapitalanlage!** Mit 10000 Mk. Anzahlung verleihe ich ein gebautes Haus, 2500 Mk. jährl. Ueberzahl. Off. X. 3 Gp. b. Bl.

Restaurant

**Restaurant** eröffnet habe, wozu ich freundlich einlade. 62942

**Karl Wildberger.** Vereinszimmer ist zu vergeben. Telefon: Amt II Nr. 2269.

**Unsergewöhnl. günstige Kapitalanlage!** Mit 10000 Mk. Anzahlung verleihe ich ein gebautes Haus, 2500 Mk. jährl. Ueberzahl. Off. X. 3 Gp. b. Bl.

## Rixdorf.

Dienstag, den 24. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr:

### Zwei Volks-Versammlungen

in Peter's Salon (fr. Wiersing), Knesebeckstrasse, in Lauckner's Salon (früher Hoffmann), Bergstrasse.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl. 2. Diskussion.

Referenten: Genossen **Alfons Borchardt** und **G. Ledebour.** Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.

## Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

M. d. A.-S.-B. Dirigent: **Fr. Plett.**

Sonntag, den 29. Mai 1898 (erster Pfingstfeiertag), in der Berliner Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg:

### Vokal- und Instrumental-Konzert

zu Ehren der Hamburger 65/12

„Liedertafel Gutenberg von 1877“

Musik, ausgef. vom Philharmonischen Blas-Orchester.

Kasseneröffnung 3 Uhr, Anfang 4 Uhr.

Die Kaffeeküche ist von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Eintritt 30 Pf., an der Kasse 50 Pf., Kinder 10 Pf.

Billets sind bei den Herren Stolle (Vereinsbureau), Ritterstrasse 88; Nettermann, Moabit, Babelstr. 45; Kaun (Musikalien-Handlung), Grüner Weg 17; im Setzersaal des „Vorwärts“ und bei den aktiven Mitgliedern zu haben.

Der Vorstand.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

**Carl Hagenbeck's INDIEN**

BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ

Vorstellungen in der Arena: an Wochentagen 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig. Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**

Entree 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Am Königs-Thor, Haltestelle der Ringbahn.

### Schweizer Garten.

Am Friedrichshain, Haltestelle der Ringbahn.

Am 1. und 2. früh 4 1/2 Uhr und nachmittags 4 Uhr:

Pfingstfeiertag Extra-Vorstellungen sämtl. Spezialitäten.

Robert & Bertram, The 3 Buffalos, Max Ranella, Gebr. Piccadilly, Argentier-Parod., Kunstreitender, Wuf. Contorioni, Handstand-Knob, Ella Bender, Emil Lippardt, Marga Louschner, Lucie & Olga Tilly, Liebeslieder, Parodist, Solodjanspiel, Gesangsduettist.

Volkshelmsungen aller Art. Am 2. Feiertag im Saale: **Gr. Ball.**

Von Pfingsten ab:

Täglich Concert und Vorstellung.

Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensale: **Grosser Ball.**

Die Kaffeeküche ist den geachteten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll

Karl Mittag, Detonom.

Brauerei-Ausschank

der Victoria-Brauerei, Stralau.

Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.

Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensale: **Grosser Ball.**

Die Kaffeeküche ist den geachteten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll

Karl Mittag, Detonom.

Max Klem's Sommer-Theater,

Gartenstraße 14/15. - Artistic Director: **Paul Milbitz.**

Täglich:

**Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**

Barsikow-Troupe - The Terras - Little Elfrida.

Georg Fischer, Wiederländer; Franz Wunsch, Soubrette; Karl Gursch, Tony-Parodist; Martha Reinschagen; Tutti Belmonte.

Neu! Das Blumenmädchen vom Moritzplatz. Neu!

Volksstück mit Gesang in 2 Akten von J. Fichter. Neu!

Der dritte Mann. Schwank in 1 Akt von Paul Adler.

Vor und nach der Vorstellung: **Garten-Concert.** In den beiden Sälen: **Grosser Ball.**

Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Max Klem.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Portraits

sozialistischer Führer, Vorkale, Marx etc. in Gips, Stein, Plaster, Marmor, Bronze, Kupfer, Silber, Eisen, Holz u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Wan verl. Preisstrant.)

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:

**Grosse Theater-Vorstellung.** Eröffnung der Sommer-Tafel den 29. Mai (ersten Pfingstfeiertag). Täglich Garten-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Stempel-Druckerei

Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142.

Stempel in bester Ausführung.

**Für 36 Mark**

fertige seine Anzüge nach Maß, für 30 Mk. Sommerpaletots nach Maß, für 9-12 Mk. seine Hosen nach Maß.

**Riesentofflager**

Krausenstr. 14, I, kein Laden.

**Feuerstein's Festsäle** Alte Jakobstrasse 75. I. **Joh. Martin Herzberg.** Grosse und kleine Säle zu Versammlungen, unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulanten Bedingungen.

## II. Wahlkreis.

Dienstag, den 24. Mai 1898, abends 8 Uhr:

### Volks-Versammlung

in Martens' Salon, Friedrichstr. 236.

Tages-Ordnung:

1. Die Neuwahlen zum Reichstage. Referent der bisherige Abgeordnete **R. Fischer.** 210/17
2. Diskussion. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.

## III. Wahlkreis.

Dienstag, den 24. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr:

### Volks-Versammlung

in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57.

Tages-Ordnung:

- Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wilh. Liebknecht.** 213/12
2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.

## IV. Wahlkreis (Süd-Ost).

Dienstag, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

### Wählerversammlung

im Lokale „Urania“, Brangelstraße 10/11.

Tages-Ordnung:

1. Wer schützt die Rechte des Volkes? 2. Diskussion. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Rob. Schmidt.** 215/8
3. Ist Pflicht der Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Vertrauensperson.

### Achtung! V. Wahlkreis. Achtung!

Wittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

### Volks-Versammlung

im Saale des Schützenhauses, Luisenstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Der Volkswille bei den nächsten Reichstagswahlen. Referent: **Richard Fischer.** 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee. 217/5

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 24. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr:

### Berlin

im „Feldschlösschen“, Müllerstrasse.

Tages-Ordnung:

1. Die politische Organisation und die Reichstagswahl. Referent: **Genosse Jacoby.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 247/1
- Der Vorstand.

### An die Vertrauensmänner und Mitglieder der Wahlkomitees

des Kreises

**Celtow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.** Am Sonntag, den 29. Mai (ersten Feiertag) findet für den gesamten Kreis die Verteilung eines Wahlzettelblattes statt; dasselbe ist am Freitag, den 27. Mai, von 10 bis 12 Uhr, Charlottenburg, Wallstr. 68, abzuholen.

Das Zentral-Wahlbureau befindet sich bis zur Beendigung der Wahl bei **Jubel**, Lindenstr. 106. Alle auf die Wahl bezüglichen Anfragen sind dort zu richten.

Alle Gelder für Wahlzwecke sind entweder an **Escherhardt**, Brigg, Bürgerstr. 67, oder an **Fritz Jubel**, Lindenstr. 106, zu senden. Wir bitten, fleißig zu sammeln, da wir im Kreise auf unsere eigene Kraft angewiesen sind.

Am Donnerstag, den 28. Mai, abends 7 Uhr, findet eine gemeinschaftliche Sitzung sämtlicher Voritzenden der örtlichen Wahlkomitees Lindenstr. 106 statt, wozu hiermit eingeladen wird; ein Jeder muß erscheinen.

Das Zentral-Wahlkomitee.

J. K.: **Fr. Jubel**, Lindenstr. 106.

304/1

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung, Bantischler!

Wittwoch, den 25. Mai, abends 8 Uhr, bei **Cohn**, Denthstr. 20/21:

**Vertrauensmänner-Versammlung** Branche der Bantischler.

Tages-Ordnung: Die Durchberatung des aufgestellten Grundtarifs und unser weiteres Vorgehen. 80/13

Die Kollegen der Bantischlerbranche werden ersucht, aus jeder Werkstatt einen Vertrauensmann zu entsenden.

Die Ortsverwaltung.

16/7

### Schöneberg.

Arbeiter-Bildungsverein.

Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr.

im Saale des „Bayrischen Hiesel“, Haupt-Strasse Nr. 5/6:

**Außerordentliche Vereins-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vereinsmitteilungen. 2. Die Erhöhung der Brotpreise und deren Ursachen. Referent: **Buchdrucker Hermann Schubert-Schöneberg.**
3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 80/13

Alle Kollegen der Bantischlerbranche werden ersucht, aus jeder Werkstatt einen Vertrauensmann zu entsenden.

Der Vorstand.

16/7

### Sozialisten. Anarchisten.

Dienstag, den 24. Mai, abends 8 Uhr:

### Volks-Versammlung

im Wedding-Park, Wasserstraße 178. 30505

Die Bedeutung der Reichstagswahlen. **Albert Weidner.**

### Achtung, Zimmerer!

Wittwoch, den 25. Mai, abends 8 Uhr, in **Cohn's Festsaal**, Denth-Strasse Nr. 20:

**Öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht der bisherigen Gewerbevereinsmitglieder über die Tätigkeit des Berliner Gewerbevereins. 2. Aufforderung der Kandidaten zur Gewerbevereinswahl. 3. Situationsbericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Zimmergewerbe. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Zimmerer ist notwendig. Die Lohnkommission. 256/9



# Waarenhaus P. Rothenberg

Moabit, Thurmstrasse 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse

- Herren-Stroh-Hüte 95 Pf. 1,50, grün 1,90
- Herren-Filz-Hüte alle Farben St. 1,25
- Herren-Filz-Hüte mit Seidenfutter St. 1,90
- Kinder-Tüll-Hüte mit Strohkopf, reich garnirt St. 1,60

**Für Radfahrer.**

- Sweaters . . . . . 1,65, 1,70
- Strümpfe . . . . . Paar 1,50
- Mützen . . . . . 39 Pf.
- „ in Plüsch 75 Pf. bis 1,25

- Blousenhemden mit Stehkragen 1,45, 1,85, 2,35
- und Manschetten in allen Farben
- Schwarzes Breih. plissirt. Capes Stück 4,35
- Corsets à 68, 75, 90 Pf. 1,20, 1,50, 1,75, 2-6
- Mohair-Besenborte mit Seidenglanz alle Farben, Meter 10 Pf

**Bekannt gute Qualitäten. — Reelle Bedienung. — Grösste Auswahl.**

**Ausstellung sämtlicher Artikel in meinen 20 Schaufenstern zu auffallend billigen Preisen.**

**Grösste Auswahl**  
 neu eingetroffener Formen von Woll-, Haar- und Strohhüten.  
 Stiffer Rand, weicher Kopf, in eleganter Form, 2,50 u. 3 M.  
 Steifer oder weicher Herrenhut 1,75 bis 3,50 M.  
 Zylinderhut in zwei elegant erdichtenen Formen 7,50, 9, —, 10, — M.  
 Zu jedem Hut ein vergoldetes Monogramm gratis. [5148]

**Alvin Sussmann, Holzmarktstrasse 38, part. Gut. Garod. Geschäft.**

**Direkt von Aachen!**  
 der ersten Tuchfabrikstadt Deutschlands, versenden wir zu bekannt billigen Preisen berühmte prämierte Aachener und andere erstklassige Stoffe zu Tausende Empfehlungen und die ständige nachweisbare Anzahl von ca. 30 000 Kunden beweisen unsere hervorrag. Leistungsfähigkeit. Muster vom Einfachsten bis Hochfeinsten franko an jedermann. unsere berühmte Spezialität, echtfarbig, reinwollig, modern, 3 Meter zum gediegenen Anzuge 12 Mark! [23/17]

**Monopol-Cheviot**  
 Wilkes & Cie., Tuch-Industrie, Aachen No. 78.

**CRÈME SOLIS.**  
 Bestes und unschädliches Mittel gegen Sommersprossen und Flecken der Haut.

**Unübertroffen!**

Zu haben in allen Apotheken und Drogegeschäften. Niederlage für Wiederverkäufer in Berlin: H. Barkowski, Weinstrasse 20a. C. W. Barenthin, Wilhelmstrasse 55, oder direct durch Beetz & Co., Berlin S. 59. Preis per Dose Mk. 1.50. [80/6]

**Der Tod**

ist ohne Gnade sicher allen Wangen sammt deren Brut durch das sofortiger tödtende „Concentrierte Nansen-Fluid“ [L. H. H. H.] zu 50 Pf., 1,00, 2,00, 3,00 und 5,00 M. Spritzapparat 50 Pf. Verhindert dauernd jede Wiederkehr, durchdringt Tapeten und Stoffe und zerstört alle Keime bis auf den letzten Rest. Hinterlässt nirgends Flecke. Ist völlig geruchlos und nicht feuergefährlich. Der Tod

**Senfel**

holt auf der Stelle alle Schwaben mitkommt der ganzen Brust bei der geringsten Berührung mit „Poudre Martial“ in Packeten zu 50 Pf., 1,00, 2,00 und das Pfund 4,00. Tödtet wie kein zweites Mittel absolut sicher. Einzig mögliche Ausrottung und totale Vernichtung. Garantie für radikalen Erfolg! Glänzende Anerkennungen bis aus den fernsten Ländern. Diese altbewährten geprüften Special-Mittel sind einzig und allein nur direkt zu haben bei

**Otto Reichel**  
 Berlin SO., Eisenbahnstr. 4  
 gegenüber der Markthalle.  
 Nirgends weiter! Alle Begehungen sofort frei nach jeder Wohnung.  
 Fernsprecher Amt IV, Nr. 3100.

**Möbel**

verleihen gezeigte und neue, staunend billig. Theilzahlung gestattet. Beamtet ohne Anzahlung. 49354

**Neue Königstrasse 59**  
 und Gneisenaustrasse 15.

**Werkstatt-Bekleidung für jedes Gewerk**  
 kauft man gut und billig bei [5187L]

**Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.**

**Albert Konschewski & Co.**  
 Cigarren und Cigaretten.  
 Zentrale: Leipzigerstr. 63a, I.  
 Filiale: NO. Kaiserstr. 43. Filiale: N. Invalidenstr. 145.  
 N. Brunnenstr. 22. C. Münzstr. 23.  
 Filiale: O. Gr. Frankfurterstr. 49.

**Qualitäts-Cigarren und Cigaretten,**  
 nur reelles, gutes Fabrikat zu billigsten Preisen.  
 Wiederverkäufern und Restaurateuren extra hohen Rabatt. [52480]

**Einzel-Verkauf von Uhren u. Goldwaren zu Fabrik-Preisen.**

**C. Giesen, Danienstr. 165a, Craniensplatz.**  
 Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 pCt. Rabatt.  
 Vathen-Geschenke.

**Export Engros Herren:**

- Radfahrer-Anzüge von M. 13,50 an
- Sweater, weiss, marine schwarz, grau M. 3,00 „
- baumwollene 85 Pf. M. 1,25 „
- schottisch 3,10-10,00 „
- Knie-Unterhosen Paar M. 2,80
- Radfahrer-Hosen . . . . . M. 3,50
- Mützen . . . . . M. 0,55-2,50
- Borussiamützen laut Vorschrift 2,45
- Germaniamützen . . . . . M. 1,85
- Stoff-Mützen, Façon „Lehr“ . . . 1,00
- Sammet-Plüsch-Mützen, Façon „Lehr“ . . . . . 1,75
- Strümpfe, baumwoll. M. 1,30 u. 1,50
- „ wollen . . . . . 2,00 u. 2,80
- „ schottisch . . . . . 2,50-6,00
- Sporthemden . . . . . 2,00-9,00
- Sandalen . . . . . a M. 5,00
- Hosenkammer Paar M. 0,15-0,50
- Bannanzüge . . . . . von M. 4,25 an
- Wettermäntel (Loden) . . . . . M. 7,50
- Gummi-Wettermäntel, Stück M. 7,50 u. 12,00
- Laternen Stück M. 7,00 u. 10,00
- Ubersattel . . . . . Stück M. 2,00
- Capiclietaschen Stück 2,50-9,50

**Sämtliche Sport-Artikel**  
 für Damen, Herren u. Kinder.  
 Ausführl. illustriertes Preisbuch frei.

**Carl Braun,**  
 Kottbuser Damm No. 5.

**Für 2-3 Mark**

Welle sehr groß, zu Anubensanlagen, Reife zu Herrenanzügen, schöne Muster 7-10 M. Für 12 M. 8. Gabelstichausstattung, Paletot und Sockenreife so lange der Vorrath reicht.

**im Riesenstofflager**  
 Kranienstr. 14, I., kein Laden.

**Möbel Theilzahlung.**  
 J. Kellermann, Jacobstr. 26.

**Hochlegante Herren-Anzüge 9-30 M.**

**Knaben-Anzüge:**  
 Ein grosser Posten von 2,50 M. an.  
 Hosen, Arbeitersachen  
 in grösster Auswahl.

**Arthur Behrendt**  
 62 Reichenbergerstr. 62  
 Ecke Grünauerstrasse.

Sorten eingetroffen: 36735

**Schlei, Gebirgs-Himbeerjast,**  
 feinste Sorte, à 30, 40 Pf., zweite Sorte à 10, 35 Pf. **Älterfeinster Jucker-Syrup** à 30, 40 Pf. **Reichhandlung Theodor Schramm,**  
 Reichenbergerstr. 145/146.

**Bad Monbijou**

**Gr. Hamburgerstrasse 20.**  
**Naturärztliche Poliklinik.**  
 Electr. Lichtäder, Heilluft, Dampf, Kohlensäure, Kräuterbäder, Kneippische Wärme 3 Bäder, 10-12. Stimul 4-6.

**Sommerprossen**  
 gründl. in kurz. Zeit zu entfernen. M. 2,50.  
**Gesichtspickel, Finnen, Hautrötze, Hautläsungen** und radikal zu beseitigen. M. 2, —. Franko gegen Briefm. oder Nachn. Garantie für Erfolg und Unschädlichkeit. Viele glänzende Dankschreiben. Nur direkt b. [4744L] Reichel, Spezial-Berlin, Eisenbahnstr. 4.

**Haut- und Harnleiden**  
 heilt gründl. **Gomop. Haedecke,**  
 Kolenhalerstr. 23. 9-11, 3-5.

**Dr. med. Schaper,**  
 prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-11, 4-8.  
**Schöneberger Ufer 25.**  
**Homöopath. Poliklinik:**  
 Montag, Mittwoch, Sonnab. 7-8.  
 Große Hamburgerstr. 20, I.

**BUTTER**  
 täglich frisch ankommend,  
 offerire meiner werthen Kundsch. in nachstehenden Filialen:

- Koppen, Ecke Gr. Frankfurterstrasse.
- Neumeyerstrasse 52.
- Weidenweg 100.
- Rigackerstr. 1.
- Frankstr. 48.
- Marktstr. 47.
- Langestr. 27.
- Dranienstr. 129.
- Andreas-Marktstr. 115-118.
- Weisse E 15-18.

zu folgenden Preisen:

- Wirklich feine Grasbutter . . . . . 1,00
- ganz besonders zu empfehlende . . . . . 1,10
- sehr gute Kochbutter . . . . . 0,90
- Cier, täglich frisch eintreffend . . . . . 50-65 Pf.
- Käse, nur bessere Qualitäten. [52052]

**J. Maeding, Komptoir und Engros-Lager: Krautstr. 48.**

**Fertige Jacken und Radfahr-Costumes.**  
 Jacken-Costumes aus feinst. Stoffen, Schneiderarbeit, M. 16,50, 21, —, 24, —, 30, —, 36, — bis 120, —

**Radfahr-Costumes**  
 in den neuesten, ausprobierten, besten Façons M. 19, —, 24, —, 30, —, 36, — bis 72, —

**Costume-Röcke** M. 7,50-30, —  
**Einzelne Bekleider** M. 4,50 bis 15, —

Gr. Lager in Wasch-Costumes M. 6,50, 9, —, 13,50, 16,50, 21, —, 3,50, —

**Blousen und Blousen-Hemden** M. 1,75, 2,50, 4, —, 7,50, 9, — bis 13,50.

Für guten Sitz wird garantiert. Kostüme-Fabrik:

**Adler, Brüderstr. 4.**  
 Verkauf 1 Treppe.  
**Nur Brüderstr. 4.**  
 Ein Posten Jacken-Costumes, zurückgesetzt, M. 13,50.  
 Sonntag, den 22. d. M., bleiben meine Verkaufsräume u. mittags an geöffnet.

**4 1/2** Bld. Brot 50 Bld.  
 liefert [50482]  
 Albrecht's Bäckerei, Drangelsstr. 8. Langest. 26.  
 Falkenheinstr. 28. Vauhsenstr. 2.  
**Arbeitsanzüge** W. Fahr Brunnenstr. 112.

**Grüner Weg 80**

**Großer Ausverkauf**  
 in **Gardinen** und 4749L

**Resten**

Älterer Muster in weiß und crème, zu 1-4 Personen passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager von Bruno Güther,**  
 aus Plauen in Sachsen, Berlin O., Grüner Weg 80 vari. Eingang vom Thier (kein Laden).  
 Neuheiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.

**Grüner Weg 80**

Man trinke:

**Original-Löwenbitter**

Das beste für den Magen.

In Flaschen à M. 0,60, 1,10 u. 1,50.  
 Wie im Kaufhaus überall zu haben.

Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen. [50482]

**R. F. Mittelstädt**  
 Weinhandlung und Likör-Fabrik N., Brunnenstr. 152.

**Möbel-Verkauf.**  
 Craniensstr. 73. Hof I. in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufspreise für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamtet ohne Anzahlung. Täglich Eingang verleihten gezeigter und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko. [55112]

**Seid sparsam!**

Ihr Hausfrau'n, wollt Ihr Geld ersparen Und Eure Wäsche gut bewahren, So gehet hin und kauft in Eil! Euch den Extrakt von Karol Weill! Das Vorzüglichste zur Toilette ist Karol Weill's „Karola“, Lieblingsseife der Damen.

**Sonnabend: Rest-Verkauf!**  
**Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.**  
**Brenner & Cie.,**  
 Alle Jakobstrasse No. 57-59.

**Sophastoffe**  
 auch Reste in Rip, Damast, Crêpe, Phantase, Gobelin und Plüsch spottbillig! [49712]

**Proben franko!**  
 in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
**Berlin S., Craniensstr. Nr. 158.**  
**Emil Lefèvre,**

**Patente**

**Goldabfälle.** gold, Treifen, Platin kauft die Scheide-Anstalt Zimmerstr. 32. [48712]

**Fahrräder, erfindungsgelbes Fabrikat.**  
 Reparatur: **Franz Stange,**  
 Werkstatt  
 Oppelnerstr. 7, 1 Tr. — Tel.: IV, 3311.

**Fahrräder**  
 Stets großes Lager erfindungsgelbes Fabrikat auf [48992]

**Theilzahlung**  
 ohne Preiserhöhung zu den billigsten Zahlungsbedingungen.  
**Reparatur-Anstalt.**  
**Adomeit & Landau,**  
 Lothringerstrasse 48 I,  
 dicht am Rosenhaller Thor.